

# Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.  
Beste Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Für einen Monat 2 Goldmark mit  
Zutragen, einzelne Nummern 15 Goldpfennige.  
Gemeinde-Verbands-Kontokonto Nummer 3.  
Postfachkonto Dresden 12 548.  
Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nummer 8.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts  
und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 42 Millimeter breite  
Zeile 20 Goldpfennige, Eingekauft und  
Reklamen 50 Goldpfennige.

Verantwortlicher Redakteur: Felix Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 28

Dienstag den 3 Februar 1925

91 Jahrgang

## Freitag den 6. Februar, abends 7/8 Uhr öffentl. Sitzung der Stadtverordneten zu Dippoldiswalde

Die Tagesordnung hängt im Rathaus aus.

### Vertikales und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Bei der diesigen Sparkasse erfolgten in der  
Zeit vom 1. bis 31. Januar d. J. 11 782,41 Rentenmark Ein-  
zahlungen, dagegen wurden 1 652,80 Rentenmark Rückzahlungen  
geteilt, sodass 10 129,62 Rentenmark mehr eingezahlt wurden.

Der diesige Landwirtschaftliche Verein wird auch  
in diesem Jahre seinem alten Brauch treu bleiben, und Dienst-  
boten, welche mindestens fünf Jahre in ein und demselben Dienst-  
verhältnis gestanden haben, bei Gelegenheit seines diesmaligen  
Stiftungsfestes auszeichnen. Die Anmeldung zur Prämierung der-  
selben hat bis 7. Februar bei Postgutsbesitzer O. Flemming,  
Dippoldiswalde zu geschehen.

Soll die Mietzinssteuer Staats- oder Gemeindesteuer sein?  
Ueber die Absichten des Arbeits- oder Wohlfahrtsministeriums  
erfahren wir folgendes: Der für den Wohnungsbau bestimmte Teil  
der Aufwertungssteuer wird in Sachsen als reine Gemeindesteuer  
erhoben und verwendet. Diese sächsische Regelung ist unter den  
deutschen Ländern einzigartig geblieben. In allen anderen deut-  
schen Ländern sind die Wohnungsbaukosten entweder vollständig  
Staatsmittel oder doch zu einem namhaften Anteil dem Staate  
vorbehalten. Im Gegensatz dazu sind in Sachsen dem Staate über-  
haupt keine Mittel für die Förderung des Wohnungswesens be-  
lassen worden; so dem Staate ist nicht einmal das Recht vorbe-  
halten worden, Vorschriften über die Verwendung der Mittel  
zu erlassen. Jede Gemeinde verwendet ihre Mittel für sich und  
nach eigenem Ermessen. Dieser Zustand hat sich als unhaltbar  
herausgestellt. Vor allem macht er eine planvolle Bekämpfung  
der Wohnungsnot vollkommen unmöglich. Die Erträge der Auf-  
wertungssteuer sind im Lande außerordentlich verschieden groß und  
die Unterschiede in der Wohnungsnot sind noch viel größer. Ge-  
rade wo die Erträge am niedrigsten sind, etwa in reinen Arbeiter-  
wohngegenden, ist die Wohnungsnot häufig am größten. Aber  
auch unter den großen Gemeinden sind sehr große Verschieden-  
heiten festzustellen. Chemnitz hat größere Wohnungsnot als Dres-  
den, aber nur 10,90 M. Ertrag der Wohnungsabgabe auf den  
Kopf der Bevölkerung, während Dresden aber 15,80 M., also um  
die Hälfte mehr verfügt; das muß zur Folge haben, daß Chem-  
nitz entweder sehr viel größere eigene Anstrengungen machen  
muß, die Wohnungsnot zu beheben oder um die Hälfte länger Zeit  
braucht und dauernd härter leidet als Dresden. Freital hat die-  
selbe Wohnungsnot wie Dresden, aber nur 6,40 M. Ertrag auf  
den Kopf der Bevölkerung. Im Gegensatz dazu kennen an-  
dere Landestteile, zum Teil sehr leistungsfähige, kaum noch eine  
Wohnungsnot oder können sie sehr rasch beheben. Weibitz die  
gegenwärtige Regelung aufrecht erhalten, so müssen sich zwangs-  
läufig immer größere Unterschiede im Lande herausbilden. Das  
Wohnungsbauprogramm der Regierung geht dahin, in einer be-  
stimmten Reihe von Jahren die dringendste Wohnungsnot im  
ganzen Lande gleichmäßig und planmäßig zu beheben. Dieses Ziel  
kann auf keine andere Weise erreicht werden als dadurch, daß die  
für den Wohnungsbau bestimmten Teile der Aufwertungssteuer  
wie in anderen deutschen Ländern als Staatssteuer eingebogen  
werden, so daß die leistungsfähigen Gemeinden mit dazu be-  
tragen, die Wohnungsnot in minder leistungsfähigen zu beheben.  
Mit dieser Maßnahme ist indessen keine Zentralisierung des Woh-  
nungsbaues beabsichtigt. Im Lande wird das Geschäft verbreitet,  
daß in Zukunft über jedes Baugesuch im Ministerium entschieden  
werden sollte. Absichten dieser Art liegen der Regierung voll-  
ständig fern. Die Regierung selbst hat seit Jahren den Wohnungs-  
bau planmäßig dezentralisiert und 1921 zunächst die Großstädte,  
später zunächst alle Städte mit mehr als 17 000 Einwohnern in der  
Verwendung auch der Staatsmittel so völlig selbständig gestellt,  
daß ihnen nicht nur die Auswahl der Baugesuche, sondern auch die  
Ausstellung der Beihilfsbescheide und die gesamte Durch-  
führung des Verfahrens vollkommen übertragen war. Auf diesem  
bisher durchaus bewährten Wege beabsichtigt die Regierung fort-  
zusetzen mit dem Ziele, allen Baupolizeibehörden eine möglichst  
weitgehende Selbstständigkeit und Freiheit in der Verwendung der  
ihnen zugeführten Mittel zu gewähren. Dezentralisierung des  
Wohnungsbaues ist mit planmäßiger staatlicher Wohnungsbaupol-  
itik sehr wohl vereinbar.

Die zweite ordentliche Generalversammlung der O. S. a. G.  
die am 31. Januar abgehalten wurde und in der von dem 400  
Mall. Papiermark betragenden Gesamtkapital 406 334 000  
Mark vertreten waren, genehmigte einstimmig die vom Vorstand  
vorgelegte Reichsmarkreformpläne für den 1. Oktober 1923  
sowie den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 1923/24. Be-  
kanntlich wurde das Aktienkapital im Verhältnis von 200 : 1 auf  
2 300 000 Reichsmark zusammengelöst. Der Jahresabschluss für  
1923/24 weist nach Abrechnungen in der Höhe von 324 082,02  
Reichsmark einen Reingewinn von 31 761,27 Reichsmark auf, der  
auf neue Rechnung vorgetragen wurde. Die Versammlung be-  
schloß weiterhin eine Kapitalerhöhung um 2 700 000 Reichsmark,  
so daß hiernach das Aktienkapital 5 000 000 Reichsmark beträgt.  
Nach Neuwahl des entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen  
nach dem ersten Geschäftsjahr zurückgetretenen Aufsichtsrates steht  
sich der Aufsichtsrat zusammen aus den Herren: Geheimer Rat  
Köppe—Dresden, Stadtrat Max Witterlich—Pirna, Staatsbank-  
präsident Carl Degenhardt—Dresden, Major Dr. Jun. Paul  
Göbler—Leipzig, Bürgermeister Ernst Hagedorn—Gottsche, Bankier  
Julius Heller—Dresden, Direktor Richard Albe—Dres-  
den, Diplom-Ingenieur Rudolf Holl—Leipzig, Ministerialdirektor  
Geb. Rat Dr.-Ing. e. h. Ernst Jast—Dresden, Bürgermeister  
Rimpel—Freital, Bankdirektor Georg Kosterlich—Leipzig, Minister  
außer Dienst Albert Schwarz, Direktor Otto Weber—Leipzig,  
Direktor Hans Weigel—Leipzig und Direktor Friedrich Wöhle—  
Dresden. Die in den letzten Jahren durchgeführten Neubauten  
sind fertiggestellt. Die Leistungsfähigkeit des Unternehmens ist  
dadurch wesentlich erhöht worden. Der Gasabfah ist in günstiger  
Entwicklung begriffen.

Bei der am 25. und 26. 1. abgehaltenen Festgelausstellung  
des Geflügelzüchtervereins Pöschendorf u. Umg. erhielten u. a.  
Ehrenpreise: Albin Schüssel in Obercarsdorf (reihunfarbige Ita-  
liener), Otto Bormann in Kreischa (schwarze Stallener), Kurt  
Kobner in Maltz (Rodeländer), Oswald Lohse in Dippoldiswalde  
(porzellanfarbige Zwerg), Otto Lantsch in Pöschendorf (schwarze  
Wandhähner), Robert Kessler in Pöschendorf (Hamburger Goldack),  
Bruno Klebber in Pöschendorf (schwarze Minorha); auf Lauben:  
Fischer in Pöschendorf (gebämmerte baltische Kröper), Kirstenpad  
in Kreischa (rote Steiger), Flemming in Obercarsdorf (rotfch.  
Lokentauben), Kunath in Quohren (gebämmerte Brieftauben),  
Bruno Klebber in Pöschendorf (Florentiner); auf Großgefägel:  
Flemming in Obercarsdorf (Peking-Enten).

Nach der Freitaler Volkszeitung haben in Berlin Ver-  
handlungen mit der Landwirtschaft dahin geführt, daß diese den  
Liter Milch frei Stadt für 17,5 Pf. liefert und der Kleinverbrau-  
preis im Laden 28 Pf. beträgt. (Ob das stimmt?)

Reichst. Der nächste Sonntag (8. Februar) soll als „Kirch-  
gemeindetag“ begangen werden, wie ihn die neue Kirchgemein-  
deordnung vorschreibt. Im Vormittagsgottesdienst soll Gottes Wort  
die Gabe zeigen und die Freude an der Gabe wecken, die Christen  
an und in ihrer Gemeinde besitzen. Am Abend soll in der „Kirch-  
gemeindevorstellung“ Bericht erstattet werden über das Jahr  
1924 und sollen wichtige Fragen behandelt und besprochen werden,  
welche die Gemeinde in dieser Zeit besonders betreffen. In  
diesem Tage soll auch zugleich auch Kirchenvorstandswahl statt-  
finden. Am 31. März (Scheidens) dem Kirchenvorstand aus die  
Herren: Bürgermeister Heertholt, O. Dittmann, H. Reichel und O.  
Voigt. Die Ausschreitenden sind wieder wählbar. Die Stim-  
mzettel können unmittelbar nach dem Gottesdienst in der Sakristei  
oder am Abend im Mittleren Gasthof abgegeben werden. An der  
Wahl teilnehmen dürfen nur die Gemeindeglieder, die sich früher  
oder jetzt in die kirchliche Wählerliste durch Ausfüllen eines be-  
sonderen Scheines haben eintragen lassen. Näheres ist jederzeit  
im Pfarramt zu erfahren.

Dresden. In der Nacht zum Montag brach in der im benach-  
barten Ostersee gelegenen Kartonfabrik von Rudolf Pflüge  
Feuer aus, das bei dem herrschenden Sturm rasch um sich griff.  
Trotz Wassermangels vermochten die Feuerwehren den Brand  
auf seinen Herd zu beschränken und die in der Nähe stehenden  
Wohngebäude zu retten. Das große Fabrikgebäude brannte voll-  
ständig nieder, ebenso mehrere Schuppen mit Materialien, sowie  
die Kontor- und Lagerräume teilweise. Der Schaden ist sehr  
erheblich. — Zu dem Brande wird noch berichtet, daß mehrere  
Brandherde festgestellt werden konnten und deshalb Brandstiftung  
vermutet wird. Ein der Brandstiftung Verdächtiger wurde bereits  
festgenommen. Bei dem Brande kamen zwei Feuerwehrleute zu  
Schaden. Der eine zog sich durch einen Sturz vom Dache  
Verletzungen im Gesicht zu, während ein anderer sich wegen  
Rauchvergiftung in ärztliche Behandlung begeben mußte. Der  
entstandene Schaden ist beträchtlich, da nichts gerettet werden  
konnte.

Zwingerlotterie. Die auf den 2. und 3. Februar  
anberaumte Ziehung der 1. Zwingerlotterie hat mit Genehmigung  
des Ministeriums des Innern auf den 22. und 23. Mai verschoben  
werden müssen. Trotz eifriger Propaganda, trotz Hilfe von allen  
Seiten, war es leider, in Rücksicht auf den Geldmangel und die  
Ueberfüllung auf dem Lotteriemarkt nicht möglich, die 1 Million  
Loose bis zum vorgesehnen Ziehungstage an den Mann zu bringen.  
Nachdem nunmehr der Losertrieb auch in Preußen und in  
anderen außer-sächsischen Staaten genehmigt wurde, steht bestimmt  
zu erwarten, daß die restlichen Loose bis zum 22. und 23. Mai ver-  
kauft sind, sodas dann die Ziehung, die unter keinen Umständen  
wieder verschoben wird, endgültig stattfinden.

Die Dresdener Kameradschaftlichen Vereinigungen der ehe-  
maligen 53. Reserve-Div. veranstalten, den jährlich geduldeten  
Wünschen entsprechend, am 3. Mai in Dresden eine „Gedächtnis- und  
Weberlebensfeier aller Angehörigen der ehemaligen  
53. Reserve-Division“. Zu dieser, meistens aus Kriegsfreiwilligen  
aufgestellten Division gehörten die aus den heftigen Kämpfen  
ausgestiegenen 1914/15 durch ihre schweren Verluste bekannten Reserve-  
Infanterie-Regimenter 241, 242, 243, 244, das Ref.-Jäg.-Batt. 25  
und zeitweise auch Ref.-Jäg. 28, die Ref.-Kan.-Abt. 53, das Ref.-  
Art.-Regt. 53 und seine Munitionskolonnen, die Ref.-Pion.-Kom-  
panie 53, die Ref.-Brückentrain 53, die Ref.-San.-Kom. 53 und  
die Korpsstruppen.

Gelegentlich eines Unterhaltungsabends der Deutschen  
Volkspartei in Pirna, ergriff auch der Volksbildungsminister  
Dr. Kaiser das Wort zu einer längeren Ansprache in deren Ver-  
lauf er auch auf die augenblicklich sehr akut gewordenen Schul-  
fragen in Sachsen zu sprechen kam. Der Minister ging zunächst  
auf die großen Aufgaben ein, die der deutschen Jugend in den  
nächsten Jahren und Jahrzehnten warteten und deren Lösung ein  
bares Geschlecht erfordert. „Wenn wir diese Aufgaben be-  
trachten — so führte der Minister aus — so ist es klar, daß  
dem Kinde in der Schule nicht nur das mit auf den Lebensweg  
gegeben werden muß, was es liebt, sondern auch was es braucht.  
Die eine Hälfte des Volkes steht seit Jahren der sächsischen Volks-  
schule in ihrem Urteil durchaus abweisend gegenüber, die andere  
hälfte deshalb die in diesen Wochen so viel umgestrichene Denk-  
schrift herausgegeben. Das Ergebnis der Feststellungen dieser  
Denkschrift zeigt nun, daß manche Befürchtungen weiter Kreise  
übertrieben seien, es zeige aber auch, daß manche Befürchtungen  
durchaus nicht zu Unrecht bestehen. Der Minister erklärte dann,  
daß man nicht überleben dürfe, daß seit einigen Jahren eine  
größere Lebendigkeit über die Kinder in den Schulstufen ge-  
kommen sei, daß diese Lebendigkeit aber auch manche Nachteile  
mit sich bringe. Ihm, dem Minister, käme bei dieser Lebendigkeit  
manchmal eine Szene aus Reuters Werken in den Sinn, wo  
nämlich der sterbende Präbys auf dem Totenbette seinem Freund  
erklärt: „In der Richtigkeit warst du mir über, aber in der  
Fügigkeit war ich dir über. Es liegt die Gefahr nahe, daß die  
Schule zu Unkosten der Lebendigkeit weniger Wert auf das  
stoffliche Wissen, worunter Lesen, Schreiben, Rechnen usw. zu  
verstehen sei, lege. Es habe sich gezeigt, daß gerade auf diesem  
Gebiete manche Mängel vorhanden seien. Diese Vernachlässigung  
stofflichen Wissens habe aber der Volksschule starke Feindschaft  
zugewogen. Der Minister wies dann daraufhin, daß die Ergebnisse  
der Feststellung in der Denkschrift nicht nur von den Lehrern,

sondern auch bei den Verhandlungen im Landtage nicht bestritten  
worden seien. „Wenn die Dinge so liegen, wozu aber dann der  
Lärm, der jetzt erhoben wird, warum die Furcht, daß der  
reaktionäre Kultusminister das ganze Schulwesen vernichte? Es  
liegt daran, daß man die Gründe und das Ziel des Kultusministers  
bestreitet. Die Hauptsache für mich ist jedoch nicht, die Mängel  
festzustellen, sondern die Abhilfe der Mängel. Der Minister be-  
tonte dann, daß es unbedingt notwendig wäre, eine gewisse Ein-  
heitlichkeit des Unterrichts und der Ausbildung in den Volks-  
schulen des Freistaates zu erzielen, eine Forderung, die sich schon  
durch das Uebergehen mancher Kinder von der einen Schule auf  
die andere ergebe. Diese Einheitlichkeit sei jedoch augenblicklich  
nicht vorhanden. Es müsse daher die staatliche Schulaufsicht diese  
Einheitlichkeit, der heute der übergroße Subjektivismus vieler  
Lehrer entgegenstehe, wieder hergestellt werden. Die heutigen  
Bezirkschulräte seien bei ihren übergroßen Bezirken dazu einfach  
nicht in der Lage. Die Anstellung einer größeren Anzahl von  
Schulräten gestalte die schlechte Finanzlage nicht. Das Kultus-  
ministerium sei daher auf den Ausweg gekommen, den Schulräten  
Helfer aus Lehrerkreisen zur Verfügung zu stellen. Es müsse  
doch von den Lehrern begrüßt werden, daß ihnen hier auch außer-  
halb ihrer Schulliebe Gelegenheit zur Betätigung gegeben werde.  
Der Minister betonte dann noch, daß er besonderen Wert darauf  
lege, daß die Kinder in der Schule zu Vaterlandsliebe und  
Nationalbewußtsein erzogen würden. Im übrigen dürfe man nicht  
vergessen, daß wir eine Zwangsschule hätten und daß der Staat  
mit dem Zwange auch die Pflicht zu einer gründlichen Aus-  
bildung und Erziehung übernommen habe. Pflicht des Staates  
sei es auch, den Nachwuchs des Volkes zum Staatsbedingenden  
Bewußtsein zu erziehen. Weiterhin ging der Minister noch auf  
die Frage der Technischen Hochschule ein. Die Aufrechterhaltung  
der Technischen Hochschule sei eine der größten Aufgaben, die wir  
jetzt hätten. Der Minister verwies dabei auf die amerikanische  
Konkurrenz, die für ihre Technischen Hochschulen ungeheure  
Summen, an die bei uns gar nicht zu denken ist, auswerfe.  
Die amerikanische Industrie halte sich an ihren technischen In-  
stituten die besten Köpfe, um die Geheimnisse unserer chemischen  
und Glasindustrie usw. zu erforschen. Es liege die Gefahr nahe,  
daß wir durch die schwierige Kriegs- und Nachkriegszeit gegen-  
über der amerikanischen Industrie zurückgedrängt würden. Man  
müsse sich daher mit allen verfügbaren Mitteln für die Technische  
Hochschule einsetzen, und den Mangel an Finanzkraft durch eine  
gründliche Vorbildung der Studentenschaft ausgleichen suchen.  
Dafür sei ein Hauptfordernis ein Verständnis zwischen Volks-  
und Hochschule herbeizuführen, das bisher noch sehr zu wünschen  
übrig liege.

Freiberg. Am Montag vormittag fand die feierliche Ein-  
weihung des Amtshauptmanns Dr. Uhlig statt, der anstelle des in den  
vorläufigen Ruhestand versetzten Amtshauptmanns Schirmer zum  
Amtshauptmann von Freiberg ernannt wurde.

Reife. Im benachbarten Döberitz verlor sich am Freitag der  
zurzeit stellunglose verheiratete Schweizer Wilhelm Klemm, sich  
und seinen beiden Kindern, einem 4jährigen Knaben und einem  
1 1/2 jährigen Mädchen, mit einem Rasiermesser die Kehle zu durch-  
schneiden, nachdem er zuvor versucht hatte, die Kinder in die  
Juchengrube zu werfen. Die Tat wurde ausgeführt, während die  
Besrau nach der Polizei telephonierte. Dem Knaben gelang es,  
aus der Stube zu entkommen. Das kleine Mädchen erlitt Ver-  
letzungen unterhalb des Kehlkopfes. Der Vater brachte sich eben-  
falls Schmitze bei, die aber nicht lebensgefährlicher Natur sind.  
Der Täter scheint geistig nicht normal zu sein.

Leipzig. Das Schöffengericht in Leipzig hat den Prokuristen  
O. Heintze der Firma B. G. Teubner, Verlagsanstalt in Leipzig,  
wegen schweren Verstoßes gegen das Arbeitszeitgesetz und Ver-  
gehen nach § 137 der Gewerbeordnung zu 100 Mark Geldstrafe  
und Ertragung der Kosten verurteilt, weil die Firma Teubner im  
Jahre 1924 mehrere Wochen wegen dringender Lieferung von  
Schulbüchern Ueberstunden gegen Mehrbezahlung hatte arbeiten  
lassen, was mit Genehmigung der Angestellten, Betriebsräte,  
Arbeiter und Arbeiterinnen geschehen war. Die Verurteilung  
erfolgte, obwohl die Ueberstunden im Einverständnis mit dem Be-  
triebsrat geleistet worden sind.

Burgstädt. Eine Entsefsterstochter in Laura hatte sich vor  
etwa 12 Jahren eine Nähnadel in den rechten Oberarm einge-  
stochen, deren Entfernung seinerzeit unterblieben war. Dieser Tage  
ist nun die Nadel nach 12jähriger Wanderung von selbst am linken  
Oberarm aus dem Körper getreten.

Döbeln. Auf dem diesigen Hauptbahnhof wurden seit längerer  
Zeit Güterwagen erbrochen und beraubt. Die Diebe hatten es  
auf Anzugstoffe, Nahrungsmittel, Haushaltgegenstände usw. ab-  
gesehen. Durch ein Familienmitglied eines der Beteiligten kamen  
die Diebereien heraus. Die Kriminalpolizei verhaftete hierauf  
sieben Güterbodenarbeiter und Rangierer, welche auf dem diesigen  
Hauptbahnhofe bedienstet waren.

Mittweida. Die Stadtverordneten bewilligten in ihrer letzten  
Sitzung eine Beihilfe von 1000 Mark zur Herausgabe eines neuen  
Wegweises der Stadt Mittweida. Der Sparkassenzinsfuß wurde  
bei Hypotheken für das Stadtgebiet auf 12 Prozent, für das  
Gebiet darüber hinaus auf 15 Prozent ab 1. Februar festgesetzt.  
Für die Gewerbe- und Weibschule zu Mittweida wurde städtischer-  
seits zur Errichtung von Lehrwerkstätten ein Betrag von 1500 M.  
bewilligt. In den Gesamtkosten von 11 000 Mark tragen noch  
Industrie und Staat bei.

Werbau. Beim Rodeln ist in Steinpleis ein etwa 5 Jahre  
altes Mädchen verunglückt, daß die Gewalt aber seinen Schlitzen  
verlor und in den Bach stürzte. Da das Wasser an der betreffenden  
Stelle ziemlich tief ist, war es der Kleinen nicht möglich, wieder  
herauszukommen. Einem Manne gelang es schließlich, das  
Mädchen aus dem Wasser zu ziehen. Die Wiederbelebungsvor-  
sorge waren von Erfolg.

Pöhlen. Zum Konkurs der Firma Kornblum, Paff & Co.  
wird mitgeteilt, daß die angemeldeten Forderungen bis jetzt die  
Summe von etwa 100 000 Mark erreichen. Voraussichtlich werden  
sie aber noch größer werden. Die sofortige Veranlassung der  
Hafenbehörden und anderer Amtsstellen hat zur Folge gehabt,  
daß mehrere Kisten Waren, die unter Kornblums Anschrift nach  
Java geleitet worden waren, auf einem schon in See befindlichen  
Schiffe noch gefichert werden konnten.

## Chronik des Tages.

Die Reichsregierung wird demnächst eine Denkschrift über die von ihr gezahlten Entschädigungen an die Ruhrindustrie veröffentlichen.

Bei der Preussischen Staatsbank ist eine Treuhandgesellschaft gegründet worden, um die Verpflichtungen des Barmattkonzerns abzuwickeln.

Nach einer Havasmeldung wird der endgültige Bericht der Interalliierten Militärkontrollkommission über den Stand der Abrüstung Deutschlands nicht vor Ende nächster Woche dem interalliierten militärischen Komitee von Versailles übergeben werden.

Die Besprechungen des Ministerpräsidenten Braun über die Bildung der neuen preussischen Regierung haben bisher zu einem entscheidenden Ergebnis noch nicht geführt.

Die griechische Regierung hat beschlossen, wegen der Ausweisung des griechischen Patriarchen aus Konstantinopel bei der Türkei mit allem Nachdruck Einspruch zu erheben.

Die Deutschnationale Volkspartei hat für den 21. Februar eine Tagung ihrer Vertreter einberufen, auf der endgültig der Parteivorstand gewählt werden soll.

## Was will Herriot?

Der französische Ministerpräsident ist früher Professor der Rhetorik am Lyzeum in Lyon gewesen, und die Erinnerung an die drohenden Reden des Altertums, die er damals seinen Schülern vortrug, scheint ihn jetzt als Staatsleiter hinzureißen, diese klassischen oratorischen Leistungen in unschöner Weise zu modernisieren. Bei seiner letzten Rede gegen Deutschland ist ihm, zumal ihn die mannigfachen Schwierigkeiten seiner Stellung arg nervös gemacht haben, die Junge vermessen durchgegangen, daß seine Worte, wie schon mitgeteilt, selbst hier und da in Frankreich, sehr erhellend aber in England, Italien und Amerika Befremden erregt haben. Es konnte der deutschen Reichsregierung nicht schwer fallen, diese Ausfälle aus Paris abzuwehren, und Reichsminister Dr. Luther tat recht, darüber keine Zeit verstreichen zu lassen. Vor den französischen Chauvinisten, die Herriot aufgejubelt haben, ist natürlich nicht zu erwarten, daß sie sich belehren lassen, aber sonst wird jeder Mensch, der sich einen Blick für Tatsachen bewahrt hat, zugestehen, daß Deutschland, das getan hat, was es konnte, diesen Ton nicht verdient hat, sondern eine gerechte Würdigung seiner Leistungen erwarten durfte.

Was will der Mann in Paris eigentlich? Daß er nur darauf ausging, seine poincaristischen Gegner in der Kammer freundlich zu stimmen, kann man wirklich kaum annehmen, er hat also wohl Deutschland einschüchtern wollen. Aber zu welchem Endziele? Sollten wir es uns nehmen lassen, neue Proteste gegen die Ergebnisse der Militärkontrolle zu erheben? Dann müßte es mit dem zu erwartenden Bericht darüber sehr windig ausfallen, und die Fortdauer der Besetzung von Köln wäre nicht aufrecht zu halten. Sollen wir uns aber in jedem Fall damit abfinden oder mit Vorschlägen kommen, die Herriot passen?

Das Angebot eines Rheinpaktes zwischen Frankreich und Deutschland, das schon 1923 von dem damaligen Reichsminister Dr. Cuno gemacht worden ist, würde auch von dem gegenwärtigen leitenden deutschen Staatsmann aufrecht erhalten werden, wenn dafür auch eine uns befriedigende Grundlage zu erzielen wäre. Es will aber doch fragwürdig scheinen, ob Herriot trotz des Jurens seiner britischen Freunde darauf eingehen wird, denn die Sicherung Frankreichs am Rhein ist für ihn schwerlich von so ungeheurer Wichtigkeit, und zwar aus dem sehr einfachen Grunde nicht, weil, wie Herriot sich im Innersten seines Herzens selbst sagt, Frankreich Deutschland überhaupt nicht zu fürchten braucht. Derartige Reden die maßgebenden Leute an der Seine wohl ihren Landsleuten vor, glauben aber doch selbst nicht daran.

Der französische Premierminister sucht also doch wohl auf krummem Wege etwas zu erreichen, was er auf geradem bisher nicht erlangen konnte, und von dem er deshalb bestritt, daß es mit der Räumung von Köln irgendwie in Zusammenhang stehe, nämlich den Abschluß des deutsch-französischen Handelsvertrages. Und wenn dieser Zusammenhang von Handelsvertrag und Freigabe von Köln von Herriots Presse tausendmal bestritten wird, eine nicht zu bekreuzende Tatsache bleibt es doch, daß die Fertigstellung des Handelsvertrages von Paris aus dringend, aber auch ganz dringend gewünscht wird. Deutschland soll also müde gemacht werden, daß wir auf die französischen Forderungen eingehen. Und das können wir nicht, mag sich Herriot auf den Kopf stellen, ohne daß uns Sicherheit geboten werden. Denn ohnedem müssen wir anderen Staaten dasselbe gewähren wie Frankreich, und damit würde unser wirtschaftliches System und schließlich die Erfüllung der Dawespflichten zusammenbrechen.

## Die Grenzregelung der Weichsel.

Schwere Schädigung der ostpreussischen Interessen.

Am 1. Februar ist die durch die Woiwodschaftskonferenz vorgenommene Grenzregulierung an der Weichsel endgültig in Kraft getreten. Diese Regelung weist zwar gegenüber den vorläufigen Bestimmungen, durch die sämtliche fünf auf dem rechten Weichselufer gelegenen Dörfer — Kleinselde, Neu-Liebenau, Johannsdorf, Augenbeich und Kurzbrad — zu Polen geschlagen worden sind, einige kleine Verbesserungen auf, sie läßt aber in wesentlichen Punkten die Interessen der ostpreussischen Bevölkerung unberücksichtigt, von der Reichsregierung mit Nachdruck vertretenen deutschen Wünsche unberücksichtigt. So ist der Zugang zur Weichsel für den allgemeinen Schiffsverkehr nur auf eine ganz unzulängliche Stelle bei Kurzbrad beschränkt. Das Auswärtige Amt hat daher vollkommen recht, wenn es in einer Antwort auf eine Anfrage eines Abgeordneten erklärt:

„Die Grenzziehung, die tatsächlich Ostpreußen völlig von der Weichsel abschneidet, bedeutet eine schwere Schädigung der ostpreussischen Interessen; insbesondere erwachsen für die in der Nähe des Stromes wohnende Bevölkerung aus dieser Grenzziehung sehr

große Nachteile. Die Grenzziehung steht auch nach der oft zum Ausdruck gebrachten Ansicht der Reichsregierung mit dem Versailler Vertrage in Widerspruch. Denn nach diesem soll die Hauptschiffahrtsrinne der Weichsel die Grenze bilden. Nach dem Ergebnis der Abstimmung hätten höchstens drei der in der Anfrage erwähnten fünf Ortschaften, in denen sich eine Mehrheit für Polen ergeben hatte, zu Polen geschlagen und Polen auf dem Strome selbst ein Kontrollrecht eingeräumt werden können. Keinesfalls aber hätte die Grenze, wie geschehen, mehr oder weniger weit in deutsches Gebiet östlich der Weichsel vorgeschoben werden dürfen.“

Die Reichsregierung hat, wie das Auswärtige Amt weiter ausführt, dieser Auffassung entsprechend die Grenzführung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln abzuändern versucht, und zwar sowohl der Woiwodschaftskonferenz gegenüber als auch durch ihren Vertreter in der Grenzfestsetzungskommission, und sich weitere Schritte vorbehalten, falls die Durchführung der Bestimmungen, insbesondere ihre Handhabung durch die polnischen Behörden, dazu Anlaß bieten sollte.

## Chamberlain greift ein.

„Frankreich hat Sicherheit nötig.“

Nach Herriot und Dr. Luther hat jetzt auch der englische Außenminister Chamberlain in die Auseinandersetzung über die Sicherheitsfrage eingegriffen. In einer Bankettrede in Birmingham erklärte er, daß die erste Aufgabe, die er sich selbst gesetzt habe, die Wiederherstellung des engen Einvernehmens und der herzlichen Beziehungen zwischen England und seinen Alliierten sei. Frankreich habe Sicherheit nötig (?) gegen eine Wiederholung der Unbill, die es in den vergangenen Jahren erlitten habe, und bis es eine solche Sicherheit erhalten habe, würde England nicht zu seinem Gelde kommen. Zu dem

Notenwechsel mit Deutschland über die Besetzung der Röhler Zone sagte Chamberlain, daß er den Ton und den Charakter der deutschen Entgegnungen und der letzten Rede des deutschen Reichsministers bedauere. Er fuhr fort:

„Ich will nicht in eine in dieser Art geführte Diskussion eintreten. Ich begnüge mich damit, von einem Satz der Rede des Reichsministers Kenntnis zu nehmen, daß nämlich seine Regierung mit aller Entschiedenheit entschlossen sei, irgendwelche Verletzungen in der Entwaffnungsfrage gütlich zu machen, die von den Alliierten bewiesen werden könnten, oder die durch andere Kanäle zu ihrer Kenntnis gelangen würden. Ich begnüge mich ferner damit, den letzten Satz der Rede der Alliierten, der der Aufmerksamkeit der deutschen Regierung entgangen zu sein scheint, zu wiederholen, nämlich, daß die Alliierten ihrerseits entschlossen sind, die mit dem Versailler Vertrag übernommenen Verpflichtungen gewissenhaft zu erfüllen.“

In seinen weiteren Ausführungen wies Chamberlain auf die Unruhe und Ungewißheit der gegenwärtigen europäischen Lage und bezeichnete es als die erste Aufgabe der Staatskunst, die neue Ordnung zu stabilisieren und die Widerstände zu beseitigen, die sich dem Fortschritt hemmend in den Weg stellen. Der Völkerbund stehe noch in der ersten Anfänge seiner Entwicklung. Man dürfe nicht zu viel von ihm verlangen. Er sei aber trotzdem dazu berufen, die moralischen Kräfte der Welt zu einer neuen Gerechtigkeit und einem neuen Frieden zu sammeln.

Die Rede Chamberlains, die als Antwort auf Dr. Luthers Erklärungen zu gelten hat, wird in der englischen Presse vielfach sehr abfällig kritisiert. So fordert die „Westminster Gazette“, die Bedeutung, die Chamberlain der Sicherung Frankreichs durch Friedensgarantien beilegt, unangebracht. Deutschland habe ebenfalls und vielleicht mehr als Frankreich Garantien nötig. Im übrigen weiß der „Daily Telegraph“ zu berichten, daß dem englischen Kabinett demnächst wahrscheinlich ein in hohen Umrisse abgefaßter Plan zur Garantie des westeuropäischen Friedens zur Erörterung vorgelegt werden soll, der von dem Unterkomitee des Reichsverteidigungsausschusses ausgeht, das zur Prüfung des Genfer Protokolls eingesetzt ist.

## Die Ruhrentschädigungen.

Konflikt zwischen Reichsregierung und Reichstag.

Seit dem 20. Dezember 1924 hat die Reichsregierung 645 Millionen Goldmark an die Ruhrindustrie ausgezahlt, weitere 70 Millionen sind bereits bewilligt. Die Gesamtsumme soll zur Abgeltung der Schäden dienen, die die Industrie durch den Ruhestampf und die Woiwodschaftsverträge erlitten hat. Die Auszahlung dieser Kredite stützt sich lediglich auf eine Zusage, die das Kabinett Stresemann bei Abbruch des passiven Widerstandes den beteiligten Industrieverbänden gemacht hat. Die Genehmigung des Reichstags ist hierzu nicht eingeholt worden. Um diese offensichtliche Verletzung der Reichstagsrechte vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen, arbeitet die Reichsregierung zurzeit

eine Denkschrift

aus, die dem Haushaltsausschuß des Reichstages in den nächsten Tagen zugehen soll. In Anbetracht der großen Bedeutung, die der Ruhrentschädigung in einem Teil der Presse beigelegt wird, glaubt die Reichsregierung aber schon vor dem Erscheinen der Denkschrift in folgender Erklärung Stellung zu der Angelegenheit nehmen zu müssen:

Der im Herbst 1923 gefaßte Entschluß der Reichsregierung, die Wiederaufnahme der Arbeit in besetzten Gebieten durch die Zustimmung zum Abschluß der Woiwodschaftsverträge zu ermöglichen, war der Ausfluß des politischen Willens, den Weg der sogenannten Versöhnungspolitik gegenüber den besetzten Gebieten unter keinen Umständen zu beschreiten. Viele Kritiker scheinen heute keine Vorstellung mehr davon zu haben, wie es im Herbst

1923 nach Beendigung des passiven Widerstandes in dem besetzten Gebiet ausgefallen hat, soweit die Befehlsmächte die Wiederaufnahme der Arbeit tatsächlich verhinderten. Die notwendige Voraussetzung für den Abschluß der Woiwodschaftsverträge war die Zustimmung der Reichsregierung, nach erfolgter Ordnung der Reichsfinanzen für die unter dem Woiwodschaftssystem von der Industrie geleisteten Vorschüsse auf Reparationslieferungen des Reiches Erlaß zu leisten. Nur so konnte allmählich Abhilfe geschaffen und äußerster Not von der Bevölkerung abgewandt werden.

Die lokale Einlösung dieser damals übernommenen Verpflichtung bedarf sich mit der bei Reichsregierung und Volksgemeinschaft in gleicher Weise herrschenden Überzeugung, daß die besetzten Gebiete nicht zur Reparationsprovinz für das Reich werden dürfen. Aber alles einzelne, insbesondere über die Höhe der Zahlungen, wird die Denkschrift eingehend Auskunft geben.“

Inzwischen ist die neue Reichsregierung nachträglich beim Reichstag um Genehmigung der Ruhrentschädigung eingekommen. Aller Voraussicht dürfte der Reichstag seine Zustimmung nicht verweigern, andererseits wird er mit aller Entschiedenheit verlangen, daß das ihm verfassungsmäßig zustehende Budgetrecht in Zukunft von der Reichsregierung in keiner Weise verlegt wird.

## Abbau der Barmattkredite.

Begründung einer Treuhandgesellschaft.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, wurde in den Räumen der Preussischen Staatsbank unter der Firma „Liquidations- und Treuhand-G. m. b. H.“ eine Treuhandgesellschaft gegründet, die den Zweck hat, die Verpflichtungen des Barmattkonzerns abzuwickeln. Mitglieder des Aufsichtsrates sind: von Seiten der Gläubiger Staatssekretär Sautter (Reichspostministerium), Ministerialdir. Klauke, Präsident Dr. Schroeder (Staatsbank), Staatsfinanzrat Brekenfeld, Bürgermeister a. D. Maschowitz, Generaldirektor Heinze, Finanzrat Dr. Weidling und folgende Abgeordnete: Reichstagsabg. Ministerialdirektor a. D. Deusch (Ztr.), Landtagsabgeordneter Dr. Brunk, Reichstagsabg. Reichsminister a. D. Dernburg (Dem.), Reichstagsabg. Dr. Hülferding (Soz.). Vorsitzender des Aufsichtsrates ist Reichsminister a. D. Dernburg, Stellvertreter sind Staatssekretär Sautter, Präsident Dr. Schroeder; zum Geschäftsführer der Treuhandgesellschaft wurde der Kommerzienrat Manasse bestellt.

Ueber den Wert der Treuhandgesellschaft übertragenen Pfänder und sonstigen Vermögensstücke kann zurzeit nichts Abschließendes gesagt werden, da wichtige Korrespondenzen und Bücher sich zurzeit noch in den Händen der Untersuchungsbehörde befinden. Deren Freigabe steht zu erwarten.

## Ein neuer Skandal?

Selbstmordversuch eines Vermittlers.

Dieser Tage wurde auf Veranlassung der Berliner Staatsanwaltschaft ein Kaufmann Martin Cohen verhaftet. In dem Augenblick, in dem die Kriminalbeamten erschienen, nahm Cohen ein starkes Gift und mußte ins Krankenhaus überführt werden. Der Verhaftete wird des Mordens und Schießens mit Ein- und Ausfuhrerlaubnissen beschuldigt.

Cohen, der vor wenigen Jahren noch ein kleiner Kaufmann war, hatte Beziehungen mit der Reichsbrandwein-Monopolverwaltung angeknüpft, die es ihm möglich machten, Einfuhrerlaubnisse zu erlangen oder schnell zu beschaffen. Cohen begnügte sich aber nicht lange mit dieser Vermittlerstätigkeit, sondern begann Geschäfte auf eigene Rechnung zu machen. Der Haupterwerb Cohens bestand in Provisionen, die er sich für die Erlangung von Einfuhrerlaubnissen auf Spiritus geben ließ. In kurzer Zeit wurde Cohen Millionär. Schließlich erlitt er einige Firmen, die sich bewußt schülten, Wachstumsanzeigen gegen ihn. Er ist auch schon mehrere Male in dieser Angelegenheit fiktiv, aber immer wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Nachdem nunmehr die staatsanwaltlichen Ermittlungen vor dem Abschluß stehen, sollte er von neuem verhaftet werden.

## Politische Rundschau.

Berlin, den 3. Februar 1925.

Der frühere Reichsinnenminister Dr. Farres hat am 2. Februar seinen Dienst als Oberbürgermeister der Stadt Duisburg wieder angetreten.

Auf einem in München veranstalteten Parteitag der Zentrumsanhänger in Bayern wurde der Name „Zentrum, christlich-sozialer Partei in Bayern“ in „Deutsche Zentrumspartei in Bayern rechts des Rheins“ abgeändert.

Stresemann über den Kampf um die Staatsform. Im Rahmen der Veranstaltungen einer Akademischen Tagung der Deutschen Volkspartei in Halle sprach am Sonntag Reichsaussenminister Stresemann über die Frage: „Akademiker und Politik“. Die politische Betätigung der Akademiker müsse, so sagte Stresemann, als Ausgangspunkt die Staatsbejahung haben. Wir können uns den Luxus des Kampfes um die Staatsform nicht gönnen. Reich und Staat seien von außen und innen bedroht. Nicht im Bewußtsein des Staates wegen seiner äußeren Form liege der Ausfluß nationaler Bestimmung, sondern in der Selbstüberwindung, da gerade durch die Mitarbeit von ihr innerlich das größte Opfer verlangt werde.

## Rundschau im Auslande.

Die verbotenen Dampfesseln.

Die Entscheidung der alliierten Woiwodschaftskonferenz, wonach die Lieferung von Dampfesseln für argentinische Torpedoboote aus der Krupp'schen Fabrik die Versailler Bestimmungen verletze, wird von der gesamten argentinischen Presse als ein Handelsmanöver schlimmer Art bezeichnet, für das der Vertrag zum Deckmantel dienen würde. Die Angebotschriften seien am 1. Oktober geöffnet worden

und das Kartellamt habe beschlossen, die Krupp-Offerter anzunehmen, weil sie die billigste und vorteilhafteste war. Weber der argentinischen Regierung noch der Firma Krupp wäre feinerzeit irgend etwas davon mitgeteilt worden, daß die Versäuflicher Beschränkungen auf diese Kesselfertigungen Anwendung finden. Falls der Ausschussrat Kessel als Kriegsmaterial betrachte, könne er ebenso gut alle möglichen Dinge als Kriegsmaterial ansehen, z. B. die Rumpfe und die Jacke des Kesselfertigers auf einem mit Kanonen versehenen Schiff. Wenn der Firma Krupp die Lieferung nicht gestattet würde, so würde dies nicht nur eine Verzögerung in der Neuausrüstung der argentinischen Torpedoboote bedeuten, sondern auch einen höheren Preis zum Schaden Argentiniens.

### Griechisch-türkischer Konflikt.

Die plötzlich von der türkischen Regierung angeordnete Ausweisung des griechischen Patriarchen aus Konstantinopel hat in ganz Griechenland eine ungeheure Erregung hervorgerufen. Die gesamte griechische Bevölkerung verehrt bekanntlich in dem Patriarchen das Haupt der orthodoxen Kirche und empfindet daher das gewalttätige Vorgehen der Türken als eine schwere Beleidigung. Alle griechischen Arbeiterverbände, Vereinigungen von Kaufleuten und Berufsorganisationen, Körperschaften und Stadtbehörden haben an das Volk und an die Athener Regierung Proteste gerichtet und fordern Genugtuung. Die Universität Athen hat einen Protest an alle Universitäten und an den Völkerverbund gerichtet, desgleichen hat der Erzbischof von Athen an alle christlichen Kirchen einen Aufruf ergehen lassen. Die griechische Regierung hat eine Note nach Ankara geschickt, in der sie mit allem Nachdruck gegen die Vertreibung des Patriarchen Einspruch erhebt. Griechenland schlägt vor, die Entscheidung des Streitfalls dem internationalen Schiedsgericht im Haag zu unterbreiten. Die türkische Regierung behauptet, daß sie das Recht habe, den Patriarchen auszuweisen, da er nach 1918 nach Konstantinopel gekommen sei und somit zu der Austauschbevölkerung gehöre. Der Patriarch ist inzwischen, von einer ungeheuren Menschenmenge, den Behörden und den Truppen feierlich begrüßt, in Saloniki eingetroffen.

### Die Steuerpflichten im Februar.

Der neue Monat bringt auch wieder die üblichen Steuerpflichten mit sich. Besonders zu beachten ist, daß sich bei den in diesem Monat fälligen Steuern die Milderungen der Steuermilderungsverordnung vom 10. November 1924 bei der Umsatzsteuer erstmalig auswirken. Die Steuertermine im Februar sind:

1. Lohnabzug für die Zeit vom 21. bis 31. Januar 1925. Keine Schonfrist.
10. Voranmeldung und Vorauszahlung der Einkommensteuer der Gewerbetreibenden, und zwar der sogenannten Monatszahler, für Januar. Schonfrist bis 17. Februar.
10. Voranmeldung und Vorauszahlung der Körperschaftsteuer für Januar. Schonfrist bis 17. Februar.
10. Voranmeldung und Zahlung der Umsatzsteuer für Januar, sofern es sich um Monatszahler handelt. Schonfrist bis 17. Februar. Die Steuer beträgt bei dieser Zahlung erstmalig nur 1 1/2 Prozent.
15. Lohnabzug für die Zeit vom 1. bis 10. Februar. Keine Schonfrist.
15. Zahlung der Einkommensteuer der Landwirtschaft für Januar bis März 1925. Schonfrist bis 23. Februar.
15. Zahlung der Vermögenssteuer (Vierteljahressrate). Schonfrist bis 23. Februar.
25. Lohnabzug für die Zeit vom 11. bis 20. Februar. Keine Schonfrist.

Außer diesen Terminen ist in Preußen der 10. Februar zu beachten; an diesem Tage ist die Voranmeldung und Vorauszahlung der Gewerbesteuer nach dem Ertrage fällig. Schonfrist 17. Februar. Ermäßigung um ein Viertel gegenüber den Zahlungen von 1924.

Am 15. Februar ist die Zahlung der preussischen Grundvermögens- und Hauszinssteuer fällig. (Schonfrist 23. Februar.) Ferner ist bis zu diesem Tage die Zahlung der Vierteljahressrate der Kirchensteuer zu leisten.

### Aus Stadt und Land.

**Neue Sätze der Erwerbslosenfürsorge.** Durch Verordnung vom 30. Januar 1925 sind die Höchstsätze der Erwerbslosenfürsorge mit Wirkung vom 9. Februar 1925 heraufgesetzt worden. Die Erhöhung beträgt für männliche Erwerbslose etwa 17 v. H., für die Familienzuschläge etwa 25 v. H. der bisherigen Sätze. Wesentlich stärker sind die Unterstufungen für Frauen heraufgesetzt worden; diese sind nunmehr — entsprechend dem Beschlusse des Reichstages — den Männern in bezug auf die Höchstsätze völlig gleichgestellt.

**Den Dolch im Gewande.** Ein in Reutlingen wohnender Arbeiter lebte mit seiner Frau seit längerer Zeit in Unfrieden. Bei einem erneuten Streit mit seiner Frau und seinem 21-jährigen Sohn zog der Ehemann plötzlich ein gebogenes Dolchmesser aus der Tasche und stieß damit auf Frau und Sohn ein. Der Sohn Karl wurde am Unterleib schwer verletzt, während die Frau mit einer leichten Wunde an der rechten Hand davonkam. Der Täter ist festgenommen und das Dolchmesser beschlagnahmt worden.

**Des Watermordes verdächtig.** Im August des vergangenen Jahres wurde ein Pferdehändler Otto in Rheinsberg in der Mark auf der Straße erschossen. Der Sohn, der hinzugeeilt war, gab an, daß er den Täter hätte sich entfernen sehen, aber daß er die Verfolgung nicht aufgenommen hätte, da er befürchtete, selbst angeschossen zu werden. Der Vater hat kurze Zeit nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus. Die Ermittlungen der Berliner Kriminalpolizei, die zur Aufklärung des Verbrechens hinzugezogen wurde, ergaben schwere Verdachtsmomente gegen den Sohn des Ermordeten, so daß er vorläufig in Untersuchungshaft genommen wurde. Er befreit bis jetzt jede Mitwisserschaft an der Ermordung seines Vaters.

**Eisenbahnzusammenstoß bei Fürstentum.** Zwischen den Stationen Werdenbrück und Briesen, etwa 10 Kilometer östlich Fürstentum, ist ein Güterzug auf einen Personenzug aufgefahren. Die letzten Wagen des Personenzuges wurden zertrümmert. Es ist nur ein einziger Fahrgast leicht verletzt worden. Durch die Zertrümmerung der Wagen sind auch die Gasbehälter zertrümmert worden, das entweichende Gas hat sich entzündet und hat mehrere Personenwagen in Flammen gesetzt, die total verbrannt sind. Diezüge, die diese Strecke befahren, hatten eine viestündige Ver-

spätung. Die Ursache des Zusammenstoßes ist in dem Ueberfahren des Signals der Blockstation ermittelt worden.

**Wieder Unregelmäßigkeiten auf einem Wohnungsbau.** In Rüdernberg (Provinz Sachsen) wurde ein Mitglied der Wohnungskommission, der Kommunistenführer Tillig, wegen großer Durchstechereien bei der Vergebung von Wohnungen verhaftet. Die Staatsanwaltschaft führt gegen andere Beteiligten die Untersuchung.

**Vom Tanz in den Tod.** Ein 20-jähriges Mädchen aus Neurode bei Schwiege wurde mit durchschnittener Kehle aufgefunden. Das Mädchen hatte vorher ein Tanzergewand mitgemacht. Der Täter ist noch nicht ermittelt.

**Dr. v. Hegel f.** Der frühere langjährige Oberpräsident der Provinz Sachsen, Dr. Wilhelm v. Hegel, ist in Merseburg im Alter von 75 Jahren gestorben. Mit Egellens v. Hegel ist ein hervorragend befähigter, weitsehender und klarbildender Beamter dahingegangen. Die evangelische Kirche verliert in ihm einen ihrer charaktervollsten Führer. Neben seiner beruflichen Tätigkeit, und besonders in den Jahren des Ruhestandes, stellte Erz. v. Hegel seine reichen Kräfte in den Dienst kirchlicher Bestrebungen. Der Verstorbene war ein Enkel des Philosophen v. Hegel.

**Die Reichsbahn um 180 000 Mark betrogen.** In Dortmund wurde der Mitinhaber einer Eisenbahn- und Brückenbaufirma verhaftet, der die Reichsbahn um etwa 180 000 Mark betrogen hatte. Als die Franzosen Dortmund besetzten, übergab die Reichsbahn dem Kaufmann ein größeres Kupferlager zum Verkauf, um es dem Zugriff der Franzosen zu entziehen. Der Verkäufer sollte eine Verkaufsprovision von 10 Prozent erhalten. Er verkaufte das Kupfer angeblich an einen Amerikaner, der einen erheblichen unter dem Tageskurs liegenden Preis dafür bezahlt haben sollte. Kurze Zeit darauf wurde das Kupfer der Reichsbahn wieder zum Kauf angeboten. Die Ermittlungen ergaben nun, daß der Beauftragte das Kupfer zu einem weit höheren Preise losgeschlagen hat, als er der Reichsbahngesellschaft gegenüber angab. Der der Reichsbahn zugefügte Schaden beträgt etwa 180 000 Goldmark.

**Wieder Postkutschen im Schwarzwald.** In den letzten Tagen sind im südlichen und mittleren Schwarzwald reichliche Schneefälle niedergegangen. In den oberen Teilen des Gebirges ist daher wieder der Postkutschenverkehr aufgenommen worden. So geht von Fällberg täglich zweimal ein Postkutschen ins Bärenthal.

**Fünf Arbeiter bei einer Explosion getötet.** Auf der Dillinger-Hütte wurden durch eine Benzol-Explosion fünf Arbeiter getötet und zwölf bis fünfzehn verwundet.

**Konflikt zwischen Grenzpolizei und Reichsbahn in Schneidemühl.** Zur Kontrolle der Reisenden führen bisher Beamte auf Freifahrtseine eine bestimmte Strecke mit. Nun hat die Reichsbahndirektion in Frankfurt a. O. über den Vertrag zum 31. Januar gekündigt. Da aber das Grenzkommissariat die Kontrolle im Zuge vornehmen will, erschien auf dem Schneidemühl Personenbahnhof ein Aufgebot von 30 Schuttpolizeibeamten. Als ein Zug eingelaufen war, forderte die Polizei die Reisenden zum Bestehen der Wagen auf und die Kontrolle fand auf dem Bahnsteig statt. Da die Abfahrtszeit heranrückte, forderte das Zugpersonal die Reisenden zum Einsteigen auf. Die Grenzpolizei war mit ihrer Kontrolle noch nicht fertig und verzögerte das Einsteigen. Unter den Reisenden entstand eine starke Erregung. Die Bahnbeamten forderten abermals zum Einsteigen auf, während die Schuttpolizei die Wagen geschlossen hielt. Es steht zu erwarten, daß der Konflikt bald beseitigt wird.

**Aus Seerott gerettet.** Der deutsche Fischdampfer „Wilhelm Jürgens“ aus Westmünde geriet an der isländischen Küste auf Grund. Das Schiff kam mit eigener Kraft los, sank aber nach kurzer Fahrt plötzlich. Der Besatzung, mit Ausnahme des ersten Maschinisten, gelang es, sich in ein Boot zu retten, das nach 12 Stunden von einem anderen deutschen Dampfer aufgenommen wurde. Die Mannschaft wurde in sehr erschöpftem Zustand in Reykjavik gelandet.

**Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Polizei.** Anlässlich einer Kundgebung vor einem Blumengeschäft in Basel (Schweiz) kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Kommunisten und der Polizei, die mit blanker Waffe vorging. Sechs Personen wurden durch Säbelschläge leicht verletzt.

**Ein Erdbeben in Ungarn.** Ein etwa 7 Minuten anhaltendes Erdbeben hat die Bewohner östlich vom Tatra-Gebirge in große Erregung versetzt. Die Leute flüchteten meistens auf die Straße. In Erlau wurde in den Aemtern die Arbeit sofort eingestellt, die Schulen wurden geschlossen. Durch das Erdbeben sind zahlreiche Feuermauern, mehrere Schornsteine und Dächer eingestürzt, und die Mauern erlitten Risse. Der Turm der alten Minoritenkirche ist schief geworden. In der Kirche der Bistumsstadt wurde der Hauptaltar beschädigt. Auch die Gebäude des Gymnasiums und der Oberrealschule erlitten Schaden. Das abgestürzte Gemäuer hat mehrere Personen verletzt. In Erlau beläuft sich der Schaden auf mindestens eine Milliarde Kronen. In den umliegenden Dörfern wurde noch größerer Schaden verursacht.

**Absturz eines Wasserflugzeuges.** In der Nähe von Paris ist ein Wasserflugzeug bei Versuchsflügen in die Seine gestürzt. Der Flugzeugführer hat ein Bein gebrochen, sein Begleiter ist ertrunken.

**Zwei Eisenbahnwagen durch einen Wirbelsturm vom Bahndamm geschleudert.** In der Nähe der englischen Hauptstadt ist ein aus zwei Wagen bestehender Eisenbahnzug durch einen plötzlichen Wirbelsturm vom Eisenbahndamm heruntergeschleudert worden. Der Zug stürzte 40 Fuß hinab. Vier Personen sind getötet, 10 verletzt worden.

**Die Marktvereinigung in Rom hat wiederum die Erhöhung des Brotpreises um 20 Centesimi per Kilo verfügt.** Mehrliche Anordnungen sind in verschiedenen Städten Italiens erfolgt.

### Handelsteil.

— Berlin, den 2. Februar 1925.  
Am Devisenmarkt sind keine Veränderungen eingetreten.  
Der Effektenmarkt neigte heute zur Schwäche. Die Rede Chamberlains wirkte auf die Börse verflummend. Die Umsätze waren heute bedeutend geringer. Die Werte am Rentenmarkt waren meist bescheiden.  
Am Produktenmarkt war das Angebot erheblich größer wie die Nachfrage. Obgleich die Eigner Entgegenkommen zeigten, fand Hafer, Gerste sowie die übrigen Futtermittel, mit Ausnahme von Kleie, die knapp und gefragt blieb, schwer Abnehmer. Braugerste blieb ebenfalls unbeachtet, Weizen wurde fast gar nicht, Roggen nur sehr vorsichtig von den Mählern abgenommen, da der Mehlabsatz sehr zu wünschen läßt.

### Warenmarkt.

Mittagsbörse. (Amtlich.) Getreide und Deltsaten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Goldmark ab Station: Weizen Märk. 259—263, Roggen Märk. 254—259, Sommergerste 260—285, Winter- und Futtergerste 220—240, Hafer Märk. 190—198, Mais loco Berlin 228, Weizenmehl 36—38,25, Roggenmehl 35,75—37,75, Weizenkleie 16,80—17, Roggenkleie 16,80—17, Raps 400, Weizenfaat 410—415, Bittoriaerbsen 20—22, kleine Bittoriaerbsen 21—23, Futtererbsen 20—22, Belusken 18—19, Ackerbohnen 20—22, Wicken 18,50—20, Lupinen Blaue 13—14, gelbe 16—16,20, Seradella neue 17—18,50, Rapskuchen 19,20—19,50, Weizenkuchen 25,20—25,50, Trodenkorn 2,80—3,00, Vollwertige Futterkorn 19—20, Torfmelasse 30-70 2,80—3,00, Kartoffelflocken 21—21,90.

### Volkswirtschaft.

**Wochenbericht der Preisoberstelle beim Deutschen Landwirtschaftsrat.** Am Berliner Markt von Weizen per Maillieferung um 14 Mark pro Tonne an, um dann, als der Weltmarkt abschwächte, wieder 8 Mark einzubüßen. Wesentlich geringer war der Rückgang für prompte Abladung ab Station, indem die Notiz für märkische Ware von 263—270 nur auf 271—277 Mark fiel und davon zuletzt wieder 4 Mark ausgab. Das inländische Mehlgeschäft war mit Ausnahme weniger Tage wieder recht lustlos geworden. Beim Roggen war die Preissteigerung für Lieferung reichlich, ebenso stark wie beim Weizen, weil Amerika das einzige Land bleibt, welches noch größere Roggenüberschüsse besitzt und dafür die Preise sehr hoch hielt. Dies kam auch dem Werte des Inlandsroggens zugute, indem märkische Abladungen von 258—266 auf 270—277 Mark stieg. In diesen Preisen meßte sich indessen aus dem Provinzen das erste und zweitändige Angebot merklich, wurde aber zu den bestehenden Forderungen angefügt des wieder recht ungenügend gewordenen Mehlablages nur spärlich gekauft, so daß zuletzt in Verbindung mit der allgemeinen Abschwächung auch die Roggennotiz auf 266—270 Mark zurückging. Für Gerste ist das Geschäft sehr still geworden. Auch Hafer war nur zeitweise um wenige Mark befestigt. Das Zufuhrmaterial ist ziemlich reichlich und überträgt die Nachfrage des Konsums nicht unbedeutend. Großes Angebot bestand auch in Saatahafer.

### Gedenktafel für den 5. Februar.

1794 Veröffentlichung des preussischen Landrechts — 1808 \* Der Maler Karl Spitzweg in München († 1885) — 1875 Pius IX. erklärt die preussischen „Majestätsbeleidigungen“ für unglücklich. Exkommunikation der altkatholischen Geistlichen — 1881 † Der englische Sozialreformer und Geschichtsschreiber Thomas Carlyle in London (\* 1795) — 1916 † Der Hygieniker Erwin v. Esmarch in Göttingen (\* 1855).

### Letzte Nachrichten.

#### Brauns Bemühungen vergeblich.

— Berlin, 2. Februar. Die Verhandlungen des zum preussischen Ministerpräsidenten gewählten Abgeordneten Braun haben bisher kein Ergebnis gehabt. Die Wirtschaftspartei, an die er sich wandte, hat ablehnend geantwortet. Der Wiederherstellung der großen Koalition steht die bekannte Haltung der Deutschen Volkspartei entgegen. Infolgedessen wird in parlamentarischen Kreisen angenommen, daß Braun, der nur ein parlamentarisch tragfähiges Kabinett bilden will, seinen Antrag dem Landtag zurückgeben wird.

**Arbeitszeitkündigung im rheinischen Braunkohlenrevier.**  
— Köln, 2. Februar. Die beiden Bergarbeiterverbände haben den Schiedspruch, der für das rheinische Braunkohlenrevier die 12stündige Arbeitszeit festlegt, zum 28. Februar gekündigt. Die Organisationen fordern bekanntlich zum 1. März die Wiedereinführung der früheren Achtstundenschicht. In den nächsten Tagen sollen Verhandlungen mit den Arbeitgeberern stattfinden.

**Die Wohnungsschiebungen in Frankfurt a. M.**  
— Frankfurt a. M., 2. Februar. Die wegen der Unregelmäßigkeit auf dem Wohnungsbau in Frankfurt a. M. verhafteten Personen haben Geständnisse abgelegt. Der Leiter des Wohnungsamtes, Dr. Gresser, ist unter den gegen ihn erhobenen Beschuldigungen seitlich zusammengebrochen. Die Untersuchung nimmt einen immer größeren Umfang an. Die Polizeireviere sind angewiesen worden, sämtliche in den letzten Jahren nachweisbar frei geordnete Wohnungen durch Ueberprüfungen der Mietzettel und des Mietbeamten festzustellen, insbesondere aber genaue Listen derjenigen aufzustellen, die seit der Zwangswirtschaft in Wohnungen eingewiesen worden sind.

**Präsident Doumergue zur Sicherheitsfrage.**  
— Paris, 2. Februar. Der Präsident der französischen Republik Doumergue hat am Sonntag auf einem Journalistenbankett eine große politische Rede gehalten, in der er der Welt begreiflich zu machen suchte, daß Frankreichs Sicherheit mehr als je in Gefahr sei und auf irgend eine Art — sei es durch einen allgemeinen Völkerverbund, sei es durch ein interalliiertes Sicherheitsabkommen gewährleistet werden müsse. Am gleichen Tage sprach Derriot bei einer Kundgebung zur Errichtung eines Denkmals für den Frieden und betonte bei dieser Gelegenheit ebenfalls Frankreichs Wunsch nach Sicherheit.

**Die englische Politik hinter Chamberlain?**  
— London, 2. Februar. Die scharfe Antwort Chamberlains auf die Rede Dr. Rathers steht in absolutem Widerspruch zu der



# Beilage zur Weisberg-Zeitung

Nr. 28

Dienstag den 3. Januar 1925

91. Jahrgang

**Die Beamtenbesoldung.** Dem Reichstag ist eine Denkschrift über die Entwicklung der Beamtenbesoldung von 1897 bis zum Dezember 1924 zugegangen. Aus der Denkschrift geht hervor, daß die Bezüge der Beamten der mittleren und oberen Besoldungsgruppen sowohl seit 1897 wie auch seit 1913 erheblich weniger aufgebessert worden sind als die unteren Besoldungsgruppen. Infolgedessen ist bei Grundgehältern und noch mehr bei den Gesamtbezügen eine Zusammenrückung der Spannungen eingetreten. Die Denkschrift stellt weiter fest, daß zu dem System des Wohnungsgeldzuschusses zurückgekehrt werden mußte, nachdem sich das System des Ortszuschlags auf die Dauer als unhaltbar erwiesen hatte. Die Familienzuschläge stellen bei der heutigen Regelung für verheiratete Beamte der unteren Besoldungsgruppen bereits einen großen Teil ihrer Gesamtbezüge dar.

**Der neue Präsident des preussischen evangelischen Kirchenrats.** Zum Nachfolger für den aus dem Amt geschiedenen Dr. Moeller hat der evangelische Landeskirchenrat zum Präsidenten des evangelischen Oberkirchenrates der Altpreussischen Kirche den bisherigen weltlichen Vizepräsidenten D. Dr. jur. Hermann Kapler gewählt. Da die Verfassung des Deutschen evangelischen Kirchenbundes bestimmt, daß der erste Verwaltungsbeamte der evangelischen Kirche Altpreußen zugleich den Vorsitz im Deutschen evangelischen Kirchenrat führen sollte, hat Dr. Kapler damit auch das Präsidium des Kirchenrates übernommen. Präsident Kapler ist seit 1919 weltlicher Stellvertreter des Präsidenten in der Obersten Kirchenbehörde der älteren preussischen Provinzen.

**Im englischen Kanal herrscht schwerer Sturm.** Der den Dampferverkehr stark behindert. Eine Anzahl von Schiffen hat Dover als Nothafen anlaufen müssen.

**Theaterzusammenbruch in Wien.** Nachdem die Kammerspiele und das Moderne Theater in Wien den Konkurs angemeldet haben, wird auch die Neue Wiener Bühne die Einleitung eines Konkursverfahrens nachsuchen. Damit sind innerhalb von drei Wochen fünf Wiener Theater finanziell zusammengebrochen.

**Schwerer Unfall beim Eishockeyspiel.** In Stockholm sind beim Eishockeyspiel auf dem Eise sechs Spieler gleichzeitig durch die Eisdcke gebrochen. Nach vielen Schwierigkeiten gelang es, vier der Verunglückten zu retten, zwei Personen sind ertrunken.

**Ein Unterseeboot in Seenot.** Das amerikanische U-Boot „S. 49“ geriet im Hafen von Portsmouth im Staate New Hampshire (Amerika) infolge Schneesturms auf Klippen. Die Besatzung besteht aus 35 Mann. Die auf drahllose Hilferufe zur Hilfeleistung entsandten Schiffe waren infolge des Schneesturms und der stürmischen See außerstande, sich dem Boot zu nähern. Die Küstenwache machte Versuche, auf 7 Meilen Entfernung die Wräcker in Aktion zu setzen. Infolge des Schneesturms wurde die Schiffsrichtung der Rettungsleine zum Unterseeboot unsichtig.

**Auflösung eines Mordes.** Vor einigen Tagen wurde in Lyden (Brandenburg) ein 21 Jahre altes Mädchen ermordet. Als Täter kam ein 24-jähriger junger Mensch in Frage, der sich früher in Berlin aufhielt und der jetzt auf der Flucht nach Fürstberg von einem Landjäger auf der Landstraße festgenommen wurde. Der Verhaftete unterhielt Beziehungen zu dem Mädchen; er wurde kürzlich wegen Ladendiebstahls zu Gefängnis verurteilt. Er erdrosselte das Mädchen nach einem Streite, während es im Bette lag.

**Spritschiebungen ohne Ende.** Die zahlreichen Spritschiebungen der letzten Zeit veranlaßten die Magdeburger Kriminalpolizei in Magdeburg Ueberprüfungen bei zahlreichen Firmen der Zuckerverarbeitung und Spirituosenfabrikation vorzunehmen. Im Verlaufe der Aktion wurde der Kaufmann u. Geschäftsführer der Spirituosenfabrik Obergütter, Schitt, verhaftet. Wegen Schitt, der gleichzeitig in Baden mehrere Spirituosenfabriken leitet, hat, nach der „Magdeburger Zeitung“, ein badisches Finanzamt ein Strafverfahren wegen Hinterziehung beantragt. An unterrichteten Stellen ist man der Meinung, daß die Angelegenheit Schitt mit der Angelegenheit Weber-Kopp zusammenhängt. Schitt soll Sprit nach Holland verschoben haben. Auch soll er in Baden Geheimbrennereien besitzen, in denen er die nach Holland verschobenen Waren herstellen ließ.

**Ein Kriminalbeamter von einem Taschendieb erschossen.** In Hamburg wurde ein Taschendieb festgenommen, der an einen Kriminalbeamten das Ansehen gestellt hatte, mit ihm gemeinsame Sache zu machen. Er erklärte, auch in Leipzig sei es gelungen, einen Beamten zu gewinnen. Die darauf angestellten Ermittlungen ergaben, daß ein Kriminalhauptwachmeister in Leipzig, der den D-Zug Leipzig-Hamburg fährte, sich von diesem hatte betören lassen. Wie eine Hausdurchsuchung ergab, hat der Beamte beträchtliche Summen erhalten. Man fand bei ihm für über 3000 Dollar- und Pfundnoten.

**Von den interalliierten Truppen geräumt.** Die belgischen Truppen haben die Ortschaften Drossen und Wessel jetzt vollständig geräumt. Nach einer Meldung aus Bochum haben die französischen Besatzungsbehörden die Räumung zahlreicher öffentlicher Gebäude angeordnet.

**Verhaftung einer Räuberbande.** In Oberschlesien waren wiederholt Drahttelegraphen auf Automobilen verübt worden, die Insassen wurden dann durch eine bewaffnete Bande ausgeplündert. Als Täter sind jetzt ein Grubenarbeiter, vier Arbeiter aus Gleiwitz und ein Grubenarbeiter aus Langendorf,

draufweg junge Leute, festgenommen worden. Es werden ihnen auch mehrere Einbrüche zur Last gelegt.

**Verhaftung eines Deutschen in Mailand.** Im Zusammenhang mit der Ermordung des österreichischen Staatsangehörigen Fleischmann wurde ein aus Hamburg stammender 18-jähriger Handelsangestellter, der ein Freund von Fleischmann gewesen sein soll, verhaftet. Er wurde nach Turin übergeführt.

**Der Aetna wieder in Tätigkeit.** Der Aetna zeigt seit einigen Tagen eine erneute Tätigkeit. Der Krater, der bei dem letzten Ausbruch entstanden ist, hat sich wieder geöffnet. In den ruhigen Stellen ist der Berg mit einer Schneemasse bis zu zwei Metern bedeckt. Die Tätigkeit des Vulkans wird von Fliegern beobachtet.

**Zusammenstoß zwischen Lokomotive und Personenzug.** Bei der Stadt Ketteghaza (Ungarn) stieß der Budapest-Personenzug mit einer Lokomotive zusammen. Die beiden Lokomotiven und das Wächterhaus wurden zertrümmert. Zwei Eisenbahner wurden getötet und einer schwerverletzt.

**Neue belgische Schandurteile.** Das Kriegsgericht des Hennegaus verurteilte wegen angeblicher Kriegsverbrechen folgende deutsche Offiziere in Abwesenheit: Knipping und von Büllingslöwen zum Tode, Sottorf und Diederich zu lebenslänglichem Zuchthaus, und Peter zu fünf Jahren Gefängnis.

**Der Mörder der russischen Zarenfamilie in Konstantinopel.** Nach Zeitungsmedungen befindet sich der Hauptmörder der russischen kaiserlichen Familie in Konstantinopel. Er soll mit einem Diplomatenpaß versehen am 3. Januar in Konstantinopel eingetroffen sein. Er gehe in der Sowjetgesandtschaft ein und aus, und, obgleich viele behaupten, ihn erkannt zu haben, bestreitet die Sowjetgesandtschaft, ihn zu kennen.

**Völliger Einsturz eines Neubaus.** Der Neubau des Telegraphenamtes in Hagen, der unmittelbar vor seiner Vollendung stand, ist eingestürzt. Das Dach des Neubaus brach zusammen und durchschlug die Decke des zweiten Geschosses. Die Seitenwände stürzten ebenfalls zusammen. Die Trümmer ruhen auf dem Boden des ersten Stockwerks, das gleichfalls unter der Last einzustürzen droht. Die Ursache des Einsturzes ist noch nicht einwandfrei festgestellt. Von den am Bau beschäftigten Arbeitern wird einer vermißt. Die übrigen konnten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen.

**Die Stadt Köln baut Wohnungen.** Zur Behebung der Wohnungsnot hat die Stadtverordnetenversammlung in Köln für 1925 die Fertigstellung von 200 000 Wohnungen beschlossen. Die Veranschlagte dafür 8 Millionen Mark aus der Hauszinssteuer.

**Der Amtsantritt Dr. Jarres in Duisburg.** Der frühere Reichsinnenminister Dr. Jarres, der sich zurzeit auf einer Erholungsreise befindet, tritt am 2. Februar seinen Dienst als Oberbürgermeister der Stadt Duisburg wieder an, nachdem alle Bestimmungen, die der Einreise in die belgische Besatzungszone bisher entgegenstanden, aufgehoben sind.

**Der Direktor des Wohnungsamtes in Frankfurt a. M. verhaftet.** In Frankfurt a. M. wurden der Direktor des Wohnungsamtes und andere Beamte unter dem Verdacht festgenommen, gegen hohe Bezahlung Wohnungen verschoben zu haben. Der Schwiegerjohn des Direktors soll in Verbindung mit einem Architekten in den Räumen des Wohnungsamtes unter den Augen seines Schwiegervaters ein Wohnungsvermittlungsbüro unterhalten haben. In die Angelegenheit sind auch verschiedene Kaufleute und Möbeldändler verwickelt.

**Das Geständnis des Raubmörders.** Vor einigen Monaten wurden in Rangensreuth bei Kulmbach der Maurer Masel, seine Frau und zwei Kinder ermordet. Unter dem dringenden Verdacht des Mordes wurden die beiden überlebenden Söhne der Eheleute verhaftet. Nach langem Leugnen haben die beiden entmenschten, in Untersuchungshaft befindlichen Brüder nun ein Geständnis abgelegt. Danach hat der eine Bruder Hammer und Beil mit in die Schlafkammer genommen, den andern geweckt und ihm den Hammer gegeben. Der jüngere hat mit dem Beil auf beide Eltern losgeschlagen. Um einen Raubmord vorzutauschen, hat er einen Schuh zum Fenster herausgeworfen und eine gute Hofe seines Vaters in der Streuschütte versteckt. Das Motiv der Tat ist wahrscheinlich Habgucht.

**Attentat auf einen bayerischen Abgeordneten.** Auf dem Wege zu seiner Wohnung in Coburg trat an den bayerischen Landtagsabgeordneten Klingler ein unbekannter Mann heran und sagte: „Sie haben meinen früheren Regimentschef beleidigt.“ Der Unbekannte schlug den Abgeordneten darauf mit einem Gummiknüppel über den Kopf und eilte davon. Der Abgeordnete erlitt eine leichte Verletzung.

**Ein Auto vom Eisenbahnzuge erfasst.** Der Kraftwagen einer Breslauer Zigarettenfabrik durchfuhr bei Kunzendorf (Schlesien) die geschlossene Bahnstraße und wurde von einem Zuge erfasst. Ein Reisender war sofort tot, der Chauffeur, der 300 Meter mitgeschleift wurde, wurde schwer verletzt.

**Die Besatzung des gesunkenen deutschen Schiffes „Waltraut Horn“.** 24 Mann, traf in Liverpool an Bord des britischen Dampfers Silverway ein. Sie berichtet von ihren aufregenden Erlebnissen während des Sturmes an Bord des sinkenden Schiffes. Da die Pumpen nicht genügten, um das durch das See ein-

dringende Wasser zu beseitigen, bildete die Mannschaft eine Kette und schöpfte mit Eimern drei Tage und Nächte das Wasser aus.

**Erhöhung des Brotpreises in England.** Die anhaltende Preissteigerung des amerikanischen Brotgetreides hatte eine Erhöhung des Brotpreises in England zur Folge. Durch diese Erhöhung des Preises für das wichtigste Nahrungsmittel ist eine schwierige Lage entstanden, weil hierdurch neue Lohn-erhöhungen zu befürchten sind. Da die Preissteigerung des englischen Pfundes eine automatische Erhöhung der Löhne bewirkt hat, sind neue Lohnforderungen für die englische Industrie nicht tragbar.

**Eine neue Heißluftlokomotive.** Unter Beteiligung von Regierungsmitgliedern, von Vertretern der Deutschen Botschaft, der englischen Mission und der deutschen Eisenbahnen fand in Moskau eine Probefahrt der von einem russischen Ingenieur in Deutschland konstruierten Heißluftlokomotive statt. Die Ladung des Zuges betrug 1800 Tonnen. Die Sachverständigen erklärten die Ergebnisse der Probefahrt für vorzüglich.

**Raubüberfall auf die Lante.** Als die Inhaberin eines Berliner Cafés nach Geschäftsschluss in ihre Wohnung in Berlin-Tempelhof zurückkehrte wurde sie im Flur überfallen. Der Täter versuchte, die Frau zu berauben, stieß aber auf heftigen Widerstand und flüchtete schließlich. Der Räuber mußte mit der Verfolgung sehr vertraut gewesen sein, da ihn der scharfe Hund in der Wohnung nicht verbeist hatte. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei ließen daß den Neffen der Ueberfallenen als der Tat dringend verdächtig erscheinen. Es ist ein 20-jähriger Mechaniker, der verhaftet wurde und die Tat gestand. Als Grund gab er an, daß er schon drei Jahre ohne Arbeit sei. Durch den Ueberfall hoffte er in den Besitz der nötigen Geldmittel gelangen zu können, um dann im Auslande sein Glück zu versuchen.

**Im Kampf mit Einbrechern durch die Schaufensterscheibe.** Ein in Charlottenburg wohnender Juwelier wurde in den Morgenstunden durch ein Klirren geweckt, das nur aus dem Verkaufssaal kommen konnte. Er lief schnell in den Laden und sah dort, wie durch die zerklüftene Scheibe eine Hand nach dem im Schaufenster ausgelegten Juwelen griff. Er packte den Arm, hielt den Mann fest und rief um Hilfe. Einem Helfer gelang es jedoch, den Festgehaltenen aus den Händen des Juweliers zu befreien. Dabei wurde der Arm des Ladeneinhabers durch die Scheibe gezogen. Der Juwelier erlitt schwere Schnittwunden am Arm. Die Diebe sind entkommen.

**Bau- und Wohngelegenheiten.** Das größte Interesse aller Kreise wird die Leipziger Baummesse im Rahmen der Technischen Messe im Frühjahr 1925 vom 1.-11. März finden. Die Baummesse zeigt, wie wirtschaftlich gebaut werden kann, und stellt aus, was überhaupt mit dem Bau- und Siedlungswesen zusammenhängt, so Baustoffe, Baubehälter, Baubedarf, Eisen- und Holzkonstruktionen usw.; vorhandene vorzügliche Modelle und gute Pläne erhöhen die Anschaulichkeit. Besonders hingewiesen sei auf die Gesamtausstellung des Bundes deutscher Marmorbruchbesitzer. Auf freiem Gelände werden die verschiedenen Baustoffe und Baupflanzen, die Verwendung der Natur- und Kunststeine vorgeführt, weiter die in großer Reichhaltigkeit vertretenen Baumaschinen.

**Die Unregelmäßigkeiten auf dem Wohnungsamt in Frankfurt a. M.** Eine Anzeige bei der Kriminalpolizei, daß auf dem Wohnungsamt Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien, gab Veranlassung zur Verhaftung des Direktors der Behörde. Auch hatte ein Stadtverordneter einen offenen Brief an den Deputierten des Wohnungsamtes gerichtet, in dem er eine ganze Reihe schwerer Beschuldigungen gegen das Wohnungsamt erhob. Der Schwiegerjohn des Direktors unterhielt gemeinsam mit einem Architekten in dem Hause, in dem sich das Wohnungsamt befindet, ein Wohnungsvermittlungsbüro. Die in der Stadt durch Todesfälle leer gewordenen Wohnungen wurden von Beamten des Wohnungsamtes dem Vermittlungsbüro mitgeteilt, dann gegen zum Teil sehr erhebliche Abfindungssummen bzw. Vergütungen die Wohnungen an gutsituierte Wohnungsfucher verkauft und verschoben.

**Am die Arbeitszeit im Ruhrbergbau.** Die Verhandlungen zwischen dem Zechenverband und den Bergarbeiterverbänden über die Verlängerung der Arbeitszeitregelung führten zu keiner Einigung. Da die Arbeitgeber im wesentlichen das bisherige Arbeitszeitabkommen aufrechterhalten wissen, die Arbeitnehmer dagegen in den Tagesbetrieben den schematischen Achtstundentag und untertags die 7½ stündige Schicht durchgeführt haben wollen, wurde eine Schlichterkammer gebildet.

**Dorsten nicht von den Belgiern geräumt.** Entgegen der Meldung des Pariser „Journal“ über eine Räumung Bochums oder vieler Wohnungen durch die Franzosen teilt die Stadtverwaltung in Bochum mit, daß an amtlicher Stelle hiervon nichts bekannt sei. Zu den Nachrichten derselben Pariser Zeitung, Bessel zu den Nachrichten derselben Pariser Zeitung, Bessel geräumt worden, ist festzustellen, daß Bessel bereits seit dem 23. Oktober 1924 endgültig geräumt und nicht wieder besetzt worden ist. Dorsten ist nach wie vor besetztes Gebiet, in dem sich belgische Truppen befinden. Am 24. Januar ist lediglich eine Kompanie der Besatzungstruppen nach Gladbeck verlegt worden.

**Ein neuer Spritschmuggel.** Das Zollgrenzkommissariat Barmen ünde hat einen neuen Spritschmuggel aufgedeckt. Es sind etwa 35 000 Liter Sprit.

Die einen Wert von 150 000 Mark darstellen, aus dem Hamburger Freihafen auf dem Wasserwege in einer Schute nach Odmitz geschmuggelt worden. Die Schmuggelware wurde dort auf der Eisenbahn verladen und ging u. a. nach Rostock, Stettin, Charlottenburg, Oldenburg und Rastatt. Hier wurde sie beschlagnahmt.

**Hungernot und Mangel an Heizmaterial in Irland.** In Westirland ist eine Hungernot ausgebrochen, zu der auch noch ein Mangel an Heizmaterial eingetreten ist. Der Dorf vermodert in den Mooren. Hunderte von Viehzüchtern haben infolge mangelhaften Nachwuchses des Kleinviehs Bankrott gemacht. Dieses Jahr wird in Irland als das schlimmste seit dem berüchtigten „Schwarzen“ Jahr 1847 bezeichnet.

#### Keine Nachrichten.

Im Riesengebirge schneit es bei starkem Frost, so daß der Schnee teilweise ein Meter hoch liegt.

Das Militärpolizeigericht in Mainz verurteilte 74 Personen, die im Brückenkopf Mainz ohne vorchriftsmäßige Ausweispapiere angetroffen wurden, zu Geldstrafen bis 100 Goldmark.

Der Brotpreis in Paris wird, nach einer Mitteilung des Polizeipräsidenten, vom 6. Februar an auf 1,55 Franken, für Mitte Februar auf 1,60 Franken erhöht werden.

Die Besatzung des amerikanischen Unterseebootes „S 49“, das infolge eines Schneesturmes in der Nähe von Reimschpitz gescheitert und zur Hälfte gesunken war, ist gerettet worden.

Das indische Marineschiff „Epiphonie“ (1290 Tonnen) ist bei den Nicobar-Inseln im östlichen Teil des Indischen Ozeans gescheitert. Von der aus ungefähr 90 Mann bestehende Besatzung, die sich in die Boote begeben hatte, liegt keine Nachricht vor.

## Die Wohnstätten G. m. b. H.

### Berichte Selbstanlage.

Bei Erörterung des Wohnungs- und Siedlungswesens machte Reichsarbeitsminister Dr. Brauns auf Anfrage des Abg. Hoch (Soz.) über die Angelegenheit der Wohnstätten G. m. b. H. folgende Mitteilungen:

Die Wohnstätten G. m. b. H. sei im Herbst 1921 unter Beteiligung der Reichsbank gegründet worden. Ihr wesentlicher Zweck war der Bau von Siedlungswohnungen für Beamte. Ende 1923 verfügte die Wohnstätten G. m. b. H. über flüssige Mittel in Höhe von etlichen hunderttausend Goldmark. Diese Gelder konnten damals nach den Angaben der beiden Geschäftsführer Regierungsrat Bretschneider und Regierungsrat Dr. Benzler, wegen ungünstiger Bitterung und Bauarbeiterstreik für Bauzwecke nicht in Anspruch genommen werden. Um sie möglichst nutzbringend für eine kurze Uebergangszeit bis zum Wiederbeginn der Bauperiode anzulegen, ließen die beiden genannten Geschäftsführer im Februar 1924 die Gelder gegen einen Monatszins von vier Prozent der Trianon-Film-Kinien-Gesellschaft.

Als die Wohnstätten G. m. b. H. bei Wiederbeginn der Bauperiode ihr Darlehen, das Ende April 1924 etwa 1 Million Goldmark betrug, zurückhaben wollte, war die Filmgesellschaft zur Rückzahlung nicht in der Lage. Um das herausgegebene Geld zu retten, schloß die Wohnstätten G. m. b. H. immer weiteres Geld zu.

Erst im Januar 1925 bekam das Ministerium die erste Kenntnis von der ganzen Angelegenheit. Es wurde sofort gegen die drei beteiligten Beamten ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Bisher ergab die Voruntersuchung keine Anhaltspunkte dafür, daß einer der drei beteiligten Beamten aus Anlaß des Darlehensgeschäftes mittelbar oder unmittelbar finanzielle oder sonstige Vorteile gezogen habe.

## Krupp.

Bei den Vorwürfen, die neuerdings in der Kammer wie in den Zeitungen von Paris gegen die Firma Krupp in Essen erhoben wurden, wird man an eine Geschichte aus längst vergangenen Tagen erinnert, die in der ganzen europäischen Presse im Umlauf war. Das Königreich Rumänien hatte damals eine große Geschützlieferung ausgeschrieben, und der rumänische Kriegsminister soll, als er bei dem französischen Gesandten in Bukarest einmal zur Tafel geladen war, in seiner Serviette einen sehr hohen Scheck gefunden haben. Der Minister soll diesen interessanten Fund mit einer sarkastischen Bemerkung abgetan, die Lieferung der Geschütze aber Krupp zugewiesen haben, dessen Kanonen sich als die besseren erwiesen hätten. Es ist jedenfalls Tatsache, daß man in Paris auf die weibebekanntete deutsche Waffenfabrik in Essen nicht gut zu sprechen war und ihr stets allerlei am Henke zu finden suchte. Es kann also nicht überraschen, daß auch heute, wo die Firma Krupp ihren wichtigen Waffenbetrieb längst auf eine riesige Fabrikation umgestellt hat, doch versucht wird, sich an ihr zu reiben.

Wenn Herriot behauptet hat, in Essen seien 20 bis 22 000 Gewehrläufe verfertigt worden und ohne Vorwissen der Alliierten angefertigt worden, so hat sich die Sache jedenfalls anders verhalten. Ein Haus wie Krupp hält sich an die gegebenen Vorschriften und weiß Dinge von sich, die geeignet sind, der deutschen Reichsregierung Gelegenheiten zu bereiten. Noch härter ist aber die Geschichte von der Kruppschen Kessel-Lieferung für argentinische Kriegsfahrzeuge, die in Paris und in London als Lieferung von Kriegsmaterial betrachtet wurden. Diese Angelegenheit erfordert es, daß dazu einige Worte gesprochen werden.

Als Kriegsmaterial im Sinne des Verfallener Vertrages sind Gegenstände angesehen worden, die als Waffen zu betrachten seien. Und als Waffe kann man einen Dampfessel wohl kaum ansprechen. Mit gleichem Rechte könnten die Franzosen Tonk auch Heugabeln und Drehschlegel als Kriegsmaterial bezeichnen und von industriellen Motoren behaupten, daß sie in Zerstörer, Kraftwagen und dergleichen eingebaut werden könnten. Die argentinische Regierung weiß zweifellos ganz genau, daß Deutschland kein Kriegsmaterial für das Ausland herstellen darf, und wenn sie die Kessel bei Krupp bestellt hat, so ist sie auch überzeugt gewesen, daß es sich hier nicht um eine verbotene

Fabrikation handelt. Trotzdem haben Frankreich und England die Lieferung unterjagt, da es ihnen natürlich in den Kram paßt, uns die Bestellung vor der Nase fortzuschleppen und ihren eigenen Industrien zu schenken.

So kann das nicht weiter gehen, und deshalb muß hierüber Klarheit geschaffen werden. Es geht nicht an, daß unter diesen und anderen nichtigen Vorwänden der deutschen Industrie Aufträge und Arbeit vorenthalten werden, denn durch solche Manipulationen wird die Zahl der Erwerbslosen beträchtlich gesteigert. Daß sich zu den politischen Vorwänden, Deutschland zu schädigen, noch wirtschaftliche gesellen, müssen wir unbedingt verhindern, sonst können wir nie wieder auf einen grünen Zweig kommen.

## Die Siegerin.

Roman von E. von Tornau.

Wiemanns Zeitungs-Verlag, Berlin W. 66. 1924.

1.

Die Haustür des großen düsteren Mietshauses hatte sich schwerfällig in den Angeln gedreht. Der Portier im Entresol hob den Kopf von seiner Arbeit empor und warf einen gleichgültigen Blick durch das Guckfensterchen, das ihn den Eingang und die Vorhalle übersehen ließ. Aber dann legte er den Stiefel mit dessen Ausbesserung er beschäftigt gewesen war, brummend und widerwillig beiseite, erhob sich vom Schusterschemel und schürzte in seinen ausgetretenen Pantoffeln bis an das kleine Fenster. Die fremde Dame draußen hatte sich nicht der Treppe, sondern seiner Loge zugewandt. Er schob das Fensterchen hoch und steckte seinen dicken, struppigen Kopf durch die Öffnung.

„Der Rittmeister a. D. von Breittling?“ wiederholte er knurrend die höfliche Frage und schob das fettige Köppchen ein wenig auf den kalten Schädel zurück, was wohl eine Art Gruß vorstellen sollte. „Ja, wohl — der wohnt hier im Hause — fünf Treppen hoch — in der Mansarde.“

„Fünf Treppen?“ rief die Dame erschrocken und trat unwillkürlich einen Schritt zurück.

„Fünf, ja wohl! Sie dachten doch wohl nicht, daß er in'n ersten Stock wohnen dürfte?“ Der Hüter des Hauses zuckte geringschädig die Achseln. „Dafür langt's nicht.“

Die Dame sah ihm ernsthaft mit ihren großen, hellen Augen ins Gesicht.

„Sie wissen nicht, ob die Herrschaften zu Hause sind?“ fragte sie ruhig.

„Ne — der kann ich unmöglich wissen! Habe mehr zu tun, als uff alle Parteien hier im Hause uffzupassen — und beim Herrn Rittmeister lohnt's am allerwenigsten.“

Der brave Portier, der die sprichwörtliche Grobheit seines Standes so prächtig illustrierte, hielt mitten in seiner polternden Rede inne.

Die Dame hatte ihn noch einen Moment ruhig und kalt angesehen; dann hatte sie sich stumm abgewendet und war ohne weiteres auf die Treppe zugegriffen. Der Portier sah ihr in unbeholfener Verlegenheit nach. Es lagen so viel unerklärliche Ruhe und Würde in jeder Bewegung dieser vornehmen Frauengestalt, daß sie selbst auf sein stumpfes Wahrnehmungsvermögen, seine Portiersmäßigkeit, einwirkten. Er ließ die Türe die neben dem Fensterchen in den Vorflur führte, hastig auf.

„Was die gnädige Frau von da oben ist — die ist wohl sicher zu Hause“, rief er und trat auf die Schwelle.

Die Dame wandte sich auf der untersten Treppentstufe halb um und neigte freundlich grüßend das Haupt.

„Ich danke Ihnen“, sagte sie mit derselben klaren, ruhigen Stimme, mit der sie vorher gesprochen hatte. Und der schauernde Cerberus riß instinktiv das Köppchen von der Wache und diente hinter der Treppenaufwärtsgehenden her, wie er's auch bei der Frau Kommerzienrätin aus dem ersten Stock nicht höflicher getan hätte.

Die fremde Dame stieg unterdes die beiden ersten Treppen empor, die mit roten Läusern belegt und von zierlichen, vergoldeten Geländern begleitet waren. Vom zweiten Stock an hörten die Treppentläufer auf, und ein solides aber schlichtes Holzgelenker ersetzte das bronzierete. — Auf dem Absatz der fünften Treppe, neben dem großen, breiten Fenster, blieb die Fremde ein paar Minuten stehen. Nicht, daß sie erschöpft schien — sie atmete völlig ruhig und gleichmäßig, und die gesunde Blässe ihres Antlitzes zeigte keine Veränderung — sie wollte sich wohl nur an den herrlichen Belagernien und Buchstern erfreuen, die in großen, grün angestrichenen Kästen in seltener Fülle und Schönheit auf dem breiten Fenster Sims blühten.

Ganz überraschend wirkten sie in der großstädtischen Mietkaserne, in diesem nüchternen, fahlen Treppenhause, das in den unteren Stockwerken fast kellerartig düster erschien. Hier oben freilich strömten Licht und Luft ungehindert durch die Scheiben, so eng und schmal der Hofraum auch war.

Die Hintergebäude ragten nicht ganz zu den stattlichen Höhe des Vorderhauses empor, und über ihre flachen Dächer stautete das sommerliche Abendlicht.

Der Blick der Fremden ruhte sinnend auf der bunten Blumenpracht. Sie merkte es gar nicht, wie oben, im nächsten Stock, eine Korridorstüre ziemlich geräuschvoll ins Schloß fiel. Sie sah auch den Mann nicht der eilig die Stufen zu ihr hinabschritt und bei ihrem Anblick plötzl. auf halber Höhe unbeweglich stehen blieb, wie versteinert, in maßlosem, fast schreckhaftem Erstaunen.

Klar und plastisch hob sich die große, dunkelgelbe Frauengestalt, hoben sich die reinen Linien der edlen Körperform von dem rotglühenden Abendhimmel, dem blühenden, düstigen Blumenhintergrund ab. Er sah nur einen ganz samalen Streifen ihres Gesichtes, das sich sinnend über die Blumen neigte. Aber er wußte trotzdem augenblicklich, wer sie war. Und jetzt wandte sie das schöne Haupt, und die großen, ruhigen Augen begegneten voll den seinen —

Er stieß einen halberstickten Säret aus — einen

Seufzer halb der Qual und halb des Entzückens — und war mit wenigen Schritten den Rest der Stufen hinabgeglitten, stand atemlos, zitternd vor ihr und sah sie an, als traue er noch immer seinen Augen nicht.

„Viktoria!“ rammelte er endlich überwältigt. Doch sogleich verbesserte er sich, trat sich einen Schritt zurück, nahm den Hut ab und verbeugte sich förmlich.

„Gnädige Frau! Ich bitte tausendmal um Verzeihung.“

Sie hatte ihn erst verwundert, dann, in plötzlichem Erkennen, mit ausleuchtender Freude angesehen.

„Erich!“ rief sie. „Erich Langsdorff! Sie hier? Bei Ja?“ Die Freude hätte ich mir nicht träumen lassen. Aber warum denn so förmlich und steif, mein alter Freund? Das war doch früher nicht zwischen uns Mode?“

Sie hatte ihm lächelnd die Rechte entgegengestreckt. Er nahm sie nur zögernd und ließ sie nach schüchternem Drude sogleich wieder fallen. In sein schmales, ernstes Gesicht, das eben noch sehr, sehr blaß ausgesehen hatte, stieg eine flackernde Röte.

„Die Jugendtage sind so lange schon verfunken, daß man nicht sogleich die Brücke zu ihnen zurückzuschlagen vermag“, sagte er mit erzwungenem Scherz. Sein Blick ruhte schon lange nicht mehr in dem ihrigen, sondern irrte unruhig auf dem Boden umher. „Gnädige Frau freilich scheinen den Beweis liefern zu wollen, daß so manche glückliche Menschenkinder das Vorrecht ewiger Jugend haben!“

Sie sah ihn noch immer unverwandt an. Ein leises Befremden malte sich in ihren Augen. Jetzt schüttelte sie ruhig das Haupt.

„Komplimente? Von Erich Langsdorff?“ fragte sie, ehrlich verwundert. „Schöne Lebensarten — statt eines aufrichtigen Willkommens? Wir allerdings, mein alter Jugendfreund — denn das bleiben Sie trotz Ihres wunderlichen Wesens heute — mir ist die Jugendzeit noch unverändert gegenwärtig. Trotz der zehn oder elf Jahre, die seit unserem letzten Zusammensein verfloßen sein mögen.“

„Zehn?“ sagte er hastig. „Im April waren es zehn Jahre.“

Sie lächelte.

„Also, so genau wissen Sie's doch noch?“ fragte sie heiter. „Dann habe ich ja Hoffnung, daß Sie sich nach und nach auch auf anderes besinnen werden — zum Beispiel darauf, daß Viktoria Heinrichs die liebste Freundin Ihrer einzigen Schwester und Ihrer beider treue Jugendgespielin war!“

Sie forschte, noch immer lächelnd, in seinen Gesichtszügen; aber er warf nur einen einzigen scheuen Blick in ihr rosig überhautes, freudestrahlendes Antlitz und sah dann sogleich wieder zu Boden.

„Auf Viktoria Heinrichs besinne ich mich sehr wohl“, gab er leise zurück. „Aber ich habe auch nicht vergessen, daß Sie jetzt Frau Viktoria Borgstedt heißen.“

Ein Schatten flog über ihr Gesicht.

„Und das ist es, was Sie stört?“ fragte sie mit einem leichten Anflug von Bitterkeit. „Glauben Sie mir Erich, ich hätte es selber manchmal gerne vergessen mögen! Aber wir werden davon und von manchem anderen jetzt hoffentlich noch öfter und ausführlicher plaudern können und bequemer auch, als hier auf dem Treppenhofste. Ich gedenke, für's erste in Berlin Aufenthalt zu nehmen und siedle später wahrscheinlich ganz und gar nach hier über. Was ist? Warum erschrecken Sie so?“

Er machte zweimal vergebliche Anstrengungen, ehe er die Worte herausbrachte, die ihm auf der Zunge geschwebt hatten.

„Und Ihr Herr Gemahl?“ fragte er mißsam.

„Er ist auch schon hier, oder kommt er erst später nach?“

Sie sah an ihm vorbei, zum Fenster hinaus, gedankenverloren, in die verbläuhende Pracht des Abendhimmels.

„Mein Mann kommt nicht mit mir, weder jetzt noch später“, sagte sie nach einer Pause; sie sprach leiser als bisher.

Der Jugendfreund machte eine Bewegung grenzenlosen Erstaunens — er wagte nicht zu fragen — in atemberaubender Spannung hing sein Blick an ihr. Da hob sie das ernste Auge wieder zu ihm auf:

„Er lebt nicht mehr — ich bin frei, Erich!“ sagte sie langsam.

„Frei!“

Er schrie das Wort fast. Taumelnd trat er zurück — seine Hand haßte nach einer Stütze — er griff nach dem Treppengeländer und hielt sich daran fest. Sie wollte weiterreden, aber tappende, schwerfällige Schritte, die treppauf kamen, ließen sie schweigen.

Zwei Dienstmädchen trugen leuchtend einen Wäschekorb herauf und glockten die beiden fremden Herrschaften auf dem Treppenaufzuge mit dummredigen Blicken an. Viktoria wartete, bis sie auf der Bodentreppe verschwunden waren; dann streckte sie dem noch immer fassungslos am Geländer Lehrenden abermals die Hand hin.

„Sie sehen, wir können uns über so ernste Dinge hier nicht aussprechen“, sagte sie halbblau. „Ich gehe jetzt zu Ja — sie ist zu Hause.“

Er neigte stumm den Kopf. Die Kehle war ihm noch immer wie zugeschnürt.

„Dann sehe ich Sie ja wohl bald wieder, und wir treffen uns öfter bei ihr“, fuhr Viktoria Borgstedt in leichertem Tone fort. „Sie leben jetzt auch in Berlin? Oder sind Sie nur zu Besuch bei Ja?“

Er richtete sich mißsam gerade auf und befeuchtete mechanisch mit der Zungenspitze die trockenen, brennenden Lippen, ehe er antwortete.

„Ich lebe seit vier Jahren in Berlin“, sagte er dann heiser. „Seitdem ich verheiratet bin — auf den Wunsch meiner Frau.“

Erstausgabe folgt.

Drucksachen aller Art.: C. Zehne

Die Stadte...  
1/8 Uhr...  
Desgl...  
Abergang...  
Ortsege...  
und der...  
Weilhe...  
Stadtp...  
Kranken...  
Friedler...  
der erbl...  
Beschl...  
daß bei...  
fallen...  
Stener...  
und Ent...  
lichen...  
nicht...  
Industri...  
Zuruf...  
die allg...  
samtoor...  
schwere...  
Festigung...  
dagegen...  
der Aus...  
Stadten...  
Steuere...  
—  
burg...  
eine gro...  
halten...  
Lieren...  
würde...  
Alle...  
Winter...  
Schnee...  
senden...  
Februar...  
weiße...  
Segen...  
Stellung...  
Fremden...  
würdig...  
a mehr...  
Fran...  
hat die...  
veranlag...  
Läufe...  
lassen...  
Sonntag...  
Dres...  
ferenz...  
1/2 Uhr...  
eine Aus...  
Porzellan...  
—  
kleinen...  
Schau...  
aus dem...  
während...  
Kinder...  
und droh...  
Kinder...  
e noch...  
gerück...  
—  
Gemel...  
Bankbau...  
York ein...  
erhalten...  
aber von...  
gekündigt...  
wirklich...  
der reich...  
Elektriz...  
Braunhol...  
Erweiter...  
New-Yor...  
Unterbin...  
Staatsba...  
auch die...  
& Co.—  
—  
großen...  
Dresdn...  
und der...  
in Stettin...  
Strelde...  
eine ungl...  
zuverläss...  
Kriminalp...  
damals...  
befuchen...  
Nichtung...  
das Gef...  
Dresdn...  
träge bet...  
Landwirt...  
die von...  
Bahnlinie...  
nommen...  
nahmen.